Einzelpreis 30 Pfg. · 4. Jahrgang

Mittwoch, 15. Juni 1921

Nummer 273 · Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 11 M. monatlich zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Danzig, das Saargebiet, Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Luxemburgs 20 M., für das übrige Ausland 27 M. per Brief bez. für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 36 M.

Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8a.

Die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 8,— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M.

Fernsprecher: Zentrum 15230—15239

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Oberschlesien vor neuen Gefahren

Eine unerwartete Wendung

Oppeln, 14. Juni.

Die Interalliierte Kommission hat die Säuberungsaktion in Oberschlesien eingestellt. Als Grund hierfür gab sie den politischen Parteien an, daß der Selbstschutz sich weigert, vor Niederschlagung des Aufstandes die durch ihn befreiten, von ihm beschützten Gegenden zu räumen. Die deutschen Parteien vertreten den Standpunkt, daß es Aufgabe der Interalliierten Kommission ist, endlich einmal gegen die Insurgenten vorzugehen, nicht aber gegen den Selbstschutz, der sich mit Beendigung des Aufstandes von selbst auflöst. Die Bevölkerung kann sich den von ihr selbst geschaffenen Schutz nicht nehmen lassen, bevor sie durch Taten der Kommission eine Gewähr für ihre volle Sicherheit erhalten hat.

Die Nachricht kommt ziemlich überraschend. Nachdem die Engländer ihren Vormarsch angetreten hatten, war zu erwarten, daß die Interalliierte Kommission alles daran setzen werde, geordnete Verhältnisse in Oberschlesien zu schaffen. Es sollte sogar zu einem vollständigen Einverständnis zwischen England und Frankreich über die Art und Notwendigkeit des Vorgehens gegen die polnischen Insurgenten gekommen sein. Wenn jetzt der Vormarsch eingestellt wird, dann ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die Bandenkämpfe erneut und in einer schärferen Form aufleben. Schon gestern früh kam eine Meldung aus London, die dahingehend lautete, daß man in englischen Kreisen die Lage in Oberschlesien keineswegs zuversichtlich beurteile. Es wurde dabei sogar die Vermutung ausgesprochen, daß die augenblickliche Stille in Oberschlesien die Ruhe vor dem Sturm sei. Diese Meldung stand sicher im Zusammenhang mit der nunmehr zur Tatsache gewordenen Absicht, den Vormarsch in Oberschlesien einzustellen.

Wenn nun als Grund für die Einstellung des Vormarsches der deutsche Selbstschutz angegeben wird, so muß allerdings gesagt werden, daß der Selbstschutz für diese Maßnahme allzubillige Vorwände geliefert hat. Es liegen leider allzuviele Beweise dafür vor, daß der deutsche Selbstschutz seine Anwesenheit in Oberschlesien als Selbstzweck betrachtet. Die vielen Drohungen von deutschnationaler und militaristischer Seite haben den Selbstschutz in ein sehr schlechtes Licht gestellt, ihm den Charakter einer monarchistisch-militaristischen Organisation gegeben. Wir erinnern nur an die wiederholten Drohungen rechtsgerichteter Kreise, der Selbstschutz werde in Oberschlesien nach getaner Arbeit kehrtmachen und in Berlin „Ordnung" schaffen. Die wilden Orgeschbanden, die sich in Oberschlesien immer noch herumtreiben und sich aus landfremden, reaktionären Leuten zusammensetzen, haben mit ihren Maßnahmen gleichfalls nicht dazu beigetragen, in dem Selbstschutz ein ordnungsliebendes Element zu erblicken.

Die Dinge liegen nun so, daß auf Grund des Friedensvertrages die Interalliierte Kommission die Hoheitsrechte in Oberschlesien ausübt. Es wäre deshalb zu wünschen, wenn der Selbstschutz sich dem Gebot der Interalliierten Kommission fügen und Oberschlesien verlassen würde. Das liegt durchaus im Interesse der oberschlesischen Bevölkerung. Allerdings erwächst dann auch der Interalliierten Kommission die Pflicht, unparteiisch und nach jeder Seite hin gerecht vorzugehen und in Oberschlesien endlich wieder geordnete Zustände herzustellen.

Es wird Aufgabe der Reichsregierung sein, in diesem Sinne auf die Interalliierte Kommission und auf den deutschen Selbstschutz einzuwirken. Mit den Werbungen, die leider immer noch stattfinden, muß einmal für immer Schluß gemacht werden, allerdings nicht durch papierne Verbote, sondern durch rücksichtslose Bestrafung der Schuldigen. Insbesondere müssen die wilden monarchistischen Banden aus Oberschlesien entfernt und die verantwortlichen Führer zur Rechenschaft gezogen werden.

Der deutsche Bericht

Berlin, 14. Juni.

Zu größeren Zusammenstößen ist es im Laufe des heutigen Tages in Oberschlesien nicht gekommen, doch haben die Insurgenten ihre Angriffe auf Zembowitz im Kreise Rosenberg erneut aufgenommen. In der Gegend von Rosenberg haben sich nach Abzug der Engländer in südlicher Richtung polnische Banden gebildet, die erneut gegen die Abstimmungspolizei und die deutsche Bevölkerung mit Waffengewalt vorgehen. Es bestätigt sich, daß im Kreise Ratibor die Polen gegenüber der Stadt Ratibor die Ortschaften Markowitz, Lucasini und Hohenbirken geräumt haben.

Ein englischer Bericht

„Daily Chronicle" meldet aus Groß-Strehlitz: Die Verlegung des britischen Hauptquartiers von Oppeln nach Groß-Strehlitz und die Zusammenziehung der Truppen bildeten den ersten Teil des neuen Programms. Den Rebellen ist mitgeteilt worden, daß sie sich bis heute, Dienstag, auf eine bestimmte Linie zurückziehen müssen, bis zu der die alliierten Truppen dann später vorrücken. Durch solche Bewegungen hofft man die Provinz bis zum 22. Juni von den Insurgenten zu säubern. Der Berichterstatter des „Daily Chronicle" erklärt jedoch, wenn die Polen das Industriegebiet, über das sie augenblicklich herrschen, kampflos oder ohne Rache sowie Zerstörung aufgeben sollten, **müßten sie eine Zurückhaltung und eine Disziplin an den Tag legen, die sie bisher wenig bewiesen haben.**

Russisch-lettischer Konflikt

O.E. Riga, 14. Juni.

Die Beziehungen Sowjetrußlands zu Lettland haben sich in den letzten Tagen ungewöhnlich verschärft. **Die Ursache bildet die Erschießung von 17 lettischen Kommunisten,** die wegen terroristischer Akte vom Lettländischen Kriegsgericht zum Tode verurteilt waren. Der Rigaer Sowjet-Gesandte Hanetzki-Fürstenberg erklärte, die Verurteilten hätten im Gefängnis für Sowjetrußland optiert, und forderte ihre Freilassung, wobei sich die lettischen Sozialdemokraten der Sowjetgesandtschaft mit der Forderung einer Begnadigung anschlossen. Nach Bekanntwerden der Urteilsvollstreckung übersandte Hanetzki an den Außenminister Meljerowicz eine in äußerst scharfem Tone gehaltene Note, **worin er den Abbruch der diplomatischen Beziehungen ankündigt.** Die Presse darf bisher über diesen Zwischenfall, der in Riga starke Beunruhigung hervorruft, nichts mitteilen.

Deutsch-russisches Handelsabkommen

D.A. Riga, 14. Juni.

Bei seiner Durchreise nach Berlin äußerte sich Wigdor Kopp gegenüber dem Korrespondenten der „Dena" in bezug auf den deutsch-russischen Handelsvertrag folgendermaßen: Die deutsche Regierung hat dadurch, daß sie den Vertrag mit der Sowjetregierung abschloß, diese als die einzige legale Vertretung des russischen Volkes anerkannt. Diese Anerkennung ist zwar keine neue Tatsache, sondern bedeutet vielmehr die Anknüpfung an eine früher bereits betriebene Politik. Der Vertrag räumt Rußland alle Rechte ein, die nötig waren, um seine Beziehungen zu Industrie und Handel Deutschlands auf feste rechtliche Grundlagen zu stellen. Andererseits stellt der Vertrag für alle deutschen Bürger, die mit Rußland Handel treiben, hinreichende Garantien sicher. Freilich muß man beachten, daß der vorliegende Vertrag nur den Rahmen abgibt für Verträge mehr untergeordneter Natur, die Fragen des Erbschafts- und des Handelsrechts regeln. Krassins Ausspruch: „Ein Handelsvertrag ist noch kein Handel" galt umgekehrt von Deutschland, da schon vor dem Abschluß des Handelsvertrages die wirtschaftliche Anziehungskraft beider Länder ihre eigenen Kanäle suchte und Rußland bei der deutschen Industrie für viele Millionen Mark Aufträge unterbrachte.

Die Zusammenkunft mit Rathenau

Eine Sachverständigenkonferenz am 24. Juni

Paris, 14. Juni.

Im heutigen Ministerrat hat Minister Loucheur über seine Zusammenkunft mit Dr. Rathenau Bericht erstattet. Wie der „Temps" mitteilt, ist zwischen den beiden Ministern vereinbart worden, daß sich Sachverständige am Freitag, den 24. Juni, in Paris zusammenfinden, um über ein neues, endgültiges Wiederaufbauprogramm zu beraten. Der „Temps" schreibt, der französische Minister für die befreiten Gebiete sei sehr befriedigt über diese erste Beratung. Er habe in seinem deutschen Kollegen einen in allen wirtschaftlichen und finanziellen Fragen sehr unterrichteten Mann kennen gelernt, der den aufrichtigen Wunsch habe, zu einem Ergebnis zu gelangen und mit vollkommener Offenheit diskutiere. Die Zahlungen in natura könnten anscheinend ein Fünfzehntel der Zahlungen in Geld nicht überschreiten. Die Beratungen hätten nur den Zweck gehabt, zu sondieren. Minister Loucheur habe Rathenau eine Anzahl Fragen vorgelegt, über die er nachdenken solle, um am Tage der Wiederaufnahme der Verhandlungen bestimmte Antworten erteilen zu können.

Das furchtbare Hindernis

London, 14. Juni.

Der Pariser Berichterstatter der „Daily Chronicle" schreibt über die Zusammenkunft Rathenaus und Loucheurs, wenn das furchtbare Hindernis Oberschlesien überwunden werden könnte, dann wäre es nicht voreilig, zu erklären, daß Frankreich zum ersten Male seit dem Kriege sich endgültig in der Richtung eines wirklichen Friedens mit seinem geschlagenen Nachbar bew—

Noch einmal die Schuldfrage

Von K. Kautsky

Mein Buch über die Entstehung des Weltkrieges hat viele Kritiker auf den Plan gerufen. Als der bedeutendste unter ihnen erscheint mir Professor Delbrück. Ich hielt es für notwendig, seine gegen mich gerichtete Broschüre „Kautsky und Harden" mit einer Gegenschrift zu beantworten, betitelt „Delbrück und Wilhelm II.", die vor einem Jahre erschien (Berlin, Verlag Neues Vaterland). In dieser Erwiderung kam ich zu dem Ergebnis:

„Alle die kritischen Ausfälle des Herrn Professors Delbrück geben mir keinen Anlaß, auch nur ein Wort von dem zu ändern, was ich geschrieben."

Angesichts dessen durfte ich baß darüber erstaunt sein, daß zuerst in der Presse, angeregt durch eine Mitteilung des Grafen Monteglas, und dann im Reichstage, namentlich durch Herrn Rießer (12. März d. J.) die Behauptung aufgestellt wurde, ich hätte „meine frühere Ansicht über die Schuld Deutschlands am Kriege in einer späteren Schrift zurückgenommen". Fast mit den gleichen Worten erklärte kürzlich in der „Vereinigung nationaler Verbände" Graf Reventlow: „Herr Kautsky selbst hat sein Urteil über die deutsche Schuld zurücknehmen müssen (Zuruf: Echt jüdisch!)."

Als diese Behauptung meines „Umfalls" aufkam, weilte ich fern von Deutschland, in Georgien, sonst hätte ich sie sofort richtig gestellt. Jetzt endlich zurückgelangt, hielt ich es nicht mehr für notwendig, noch einmal die Sache zu erörtern, da in der schon erwähnten Sitzung des Reichstags vom 12. März, meine Freunde Bernstein, Breitscheid und Dittmann die Behauptung bereits aufs schlagendste zurückgewiesen hatten. Indessen wird mir versichert, Deutschnationale und Volksparteiler krebsen trotzdem immer noch mit meinem „Umfall", und es sei notwendig, daß ich selbst in der Frage nochmals das Wort ergreife.

So will ich denn erklären, daß ich alles unterschreibe, was meine eben genannten Freunde im Reichstag über mein Buch gesagt haben und daß ich dabei bleibe, keinen Anlaß zu haben, auch nur ein Wort von dem zurückzunehmen, was ich in meinem Kriegsbuch geschrieben.

Wie konnte aber die Behauptung meines „Umfalls" aufkommen?

Sie stützt sich auf folgende Sätze meiner Schrift über „Delbrück und Wilhelm":

„Ich kann hier das Geständnis machen, daß es eine Zeit gab, in der ich der deutschen Regierung unrecht tat . . . Ich war sehr überrascht, als ich Einsicht in die Akten bekam. Meine ursprüngliche Auffassung erwies sich mir als unhaltbar." (S. 37.)

Diese Sätze auf Seite 37 scheinen auf den ersten Blick nicht vereinbar zu sein mit dem, was ich kurz vorher auf Seite 33 erkläre, daß ich von dem von mir geschriebenen kein Wort zu ändern habe. Aber dieser Schein kann niemand trügen, der ehrlich die Wahrheit sucht. Die Sachlage ist einfach die: Ehe ich Einsicht in den Akten bekam, wie ich ausdrücklich konstatiere, also lange, ehe ich sie verarbeitete und kommentierte, hatte ich mir über die Fortsetzung des Krieges auf Grund der mir bekannten Tatsachen ein Bild gemacht, dessen Unrichtigkeit ich dann aus den Akten ersah. Das richtige spätere Bild ist dasjenige, das ich in meinem Buch über den Weltkrieg zeichnete.

Ich hatte manches über die Entstehung des Weltkrieges Gedachte umzudenken, jedoch kein Wort zu ändern, das ich darüber geschrieben und an die Oeffentlichkeit gebracht.

Die Herren Rießer und Konsorten hüten sich denn, auch nur eine Zeile aus meinem Kriegsbuch zu zitieren, die durch meine späteren Ausführungen entkräftet werden.

Worin besteht aber nun das „Unrecht", das ich in meinem Denken von 1914 bis 1918 der deutschen Regierung angetan? Darüber sagte ich in meiner Schrift gegen Delbrück:

„Ich nahm an, daß die deutsche Regierung sich der sinnenfälligsten Konsequenzen ihres Begehrens klar bewußt war, als sie sich zur Unterstützung Oesterreichs entschloß. Dann aber konnte man auf Grund der bekannten Tatsachen nur zu dem Ergebnis kommen, daß Deutschland den Weltkrieg 1914 gewollt hatte, ihn planmäßig herbeiführte." (S. 37.)

Nun aber zeigten mir die Akten, daß Wilhelm II. dieses klare Bewußtsein der sinnenfälligsten Konsequenzen seines Begehrens gänzlich fehlte. Er provozierte Rußland aufs stärkste durch die Unterstützung des österreichischen Ultimatums, vertraute aber darauf, daß der russische Koloß sich ohne Schwertstreich vor den Zentralmächten zurückziehen und so der Weltfriede erhalten bleiben werde. Er riskierte den Krieg mit Rußland und Frankreich, erwartete aber dabei, daß Italien, ja sogar Rumänien Oesterreich bei seinem Eroberungskrieg beistehen würden und England ruhig zusehen werde, wie Frankreich vernichtet wurde.

Kein einigermaßen nüchtern denkender Mensch konnte diese Erwartungen teilen. Die „Sozialdemokratische Parteikorrespondenz", der deutschen, damals noch nicht gespaltenen Sozialdemokratie veröffentlichte am 27. Juli 1914 anläßlich der Ueberreichung des österreichischen Ultimatums an Serbien einen Artikel, in dem es hieß:

„Die Völker Oesterreichs stehen vor einer furchtbaren Gefahr: vor dem europäischen Krieg. Der verbrecherische Uebermut der österreichischen Soldateska, vereint mit imperialistischen Strömungen und unterstützt von den Hetzereien der ultramontanen Presse in der Donaumonarchie hat der österreichischen Regierung zu einem Vorgehen gegen Serbien verleitet, das nicht nur einen österreichisch-serbischen, sondern einen europäischen Krieg entfesseln kann."

Diese Auffassung war damals die aller Welt, soweit sie sich einen klaren Blick bewahrt hatte. Die Anklage wurde allein gegen Oesterreich erhoben, weil die deutsche Regierung auf das sorgfältigste verhüllte daß sie Oesterreichs Mitverschworener sei. Das systematische Festhalten an dieser Lüge war fast das einzige planvolle an ihrem damaligen Handeln.

Sonst verhielt sich Wilhelm im Juli 1914 ebenso wie bei zahlreichen früheren Anlässen, wo er ohne viele Ueberlegung eine fremde Großmacht beleidigte und provozierte, um zusammenzuklappen, sobald sie Miene machte, auf die Provokation zu erwidern. Man erinnere sich der Haltung Wilhelms im Burenkriege. So klappte er auch im Juli 1914 zusammen, als die unvermeidlichen Früchte seines Tuns zu Tage traten und Deutschland von einem Kriege gegen die ganze Welt bedroht ward. Nun wäre er gern wieder zurückgewichen. Diesmal aber entschloß er sich zu spät dazu. Es gelang ihm nicht, Oesterreich zurückzupfeifen, denn die verbrecherische Idioten, die am Wiener Ballplatz die äußere Politik Oesterreichs machten, freuten sich, endlich einmal „ihren" Krieg gegen Serbien zu haben. Die Wilhelmschen Sprünge von herausfordernder Rücksichtslosigkeit zu angstvoller Verzagtheit machten sie nicht mit. Sie blieben bei ihrem bornierten Draufgängertum.

Ueberdies aber hatte die Wilhelminische Politik dahin geführt, daß alle Welt mobilisierte, weil jede Partei vom Gegner überfallen zu werden fürchtete. Die Kopflosigkeit Wilhelms wurde dadurch auf die Spitze getrieben. Während die anderen mobilisierten, aber nicht den Krieg erklärten, um nicht vorzeitig die letzte Hoffnung auf Erhaltung des Friedens zu töten, glaubte er, die Mobilisierung der anderen zwinge ihn selbst, nicht nur zu mobilisieren, sondern auch den Krieg zu erklären. So entfesselte er den Weltkrieg.

Dies die Auffassung, die ich aus dem Studium der Akten gewann, und der ich in meinem Kriegsbuch ebenso wie später noch in meiner Entgegnung gegen Delbrück Ausdruck gab. Um es nochmals zu wiederholen: Die Akten bezeugten mir, worin ich der deutschen Regierung vorher in meinem Denken Unrecht getan: Ich hatte mit Unrecht von ihr angenommen, daß sie systematisch, planmäßig, mit vollem Bewußtsein ihres Tuns vorgegangen sei. In Wirklichkeit finden wir bei ihr nur Gelegenheitspolitik, eingegeben von den Eindrücken des Augenblicks, die nicht nach den weiteren Konsequenzen fragt und sich aufs gute Glück verläßt, um, wenns schief geht, den Kopf zu verlieren und nach dem nächstliegenden Strohhalm zu greifen.

Diese Politik war rein persönlicher Art. Wilhelm hatte den Ausgangspunkt der Aktion, die zum Weltkrieg führte, mit den Abgesandten Wiens und mit Bethmann-Hollweg im Innern seines Kabinetts abgemacht. Er trägt für sie die Verantwortung, nicht das deutsche Volk, das damals selbst hintergangen wurde.

Insofern aber wird freilich Wilhelm etwas entlastet, als seine Politik vollständig der Denkweise des demagogischsten, brutalsten und rücksichtslosesten Teils seiner Umgebung, der Deutschnationalen, entsprach.

Und sie haben bis heute nichts gelernt und nichts vergessen und fordern immer wieder, daß die Politik fortgesetzt werde, die 1914 die Welt und namentlich Deutschland in unsägliches Elend gestürzt hat, die Politik, gewissenlos und gedankenlos Konflikte mit der Außenwelt zu provozieren, ohne die Kräfteverhältnisse zu untersuchen und ohne die Konsequenzen zu erwägen. So wenig Wilhelm 1914 den Weltkrieg wollte, wollen die Deutschnationalen heute den Ruin des deutschen Volkes. Aber so wie jener Krieg die Folge seiner Politik von 1914 war, müßte dieser Ruin die Folge der deutschnationalen Politik von heute sein.

Und darum, im Interesse des deutschen Volkes, ist es dringend nötig, ihm die Wahrheit zu sagen über die Früchte, welche die deutschnationale Politik in der Vergangenheit getragen hat. Ihre hervorragendsten Merkmale waren stets Unfähigkeit, fremde Gedanken zu verstehen und ihre Verlogenheit in der Wiedergabe fremder Gedanken. Das haben sie wieder bewiesen durch die Art, wie sie meine Schrift gegen Delbrück auszubeuten suchen.

Der Minister der Rechten

Der preußische Ministerpräsident Stegerwald hat dem Chefredakteur der „Germania" eine Aussprache gewährt, deren Inhalt sehr ausführlich in der gestrigen Abendausgabe der „Germania" wiedergegeben wird. Ueber Herrn Stegerwalds Absichten schaffen diese Mitteilungen vollkommene Klarheit. Für uns, die wir seit längerer Zeit in ihm den Mann erblickt haben, der eine Politik treiben will, die der seines Parteifreundes Wirth gerade entgegengesetzt ist, bietet der Inhalt der Aussprache nichts Neues. Für diejenigen aber, die in Stegerwald bis in die letzte Zeit hinein den Führer des Arbeiterflügels des Zentrums erblickt haben, dürfte nun wohl kein Zweifel mehr bestehen, daß das falsch ist, und daß er im Gegenteil nicht nur die Geschäfte des agrarischen Flügels des Zentrums, sondern auch die der beiden Rechtsparteien besorgen will.

Ausdrücklich erklärte Stegerwald, daß keine der drei Hauptaufgaben Preußens: Steigerung der Produktivität der Landwirtschaft, ertragreiche Grundsteuer, Durchführung der Verwaltungsreform, durchgeführt werden könne gegen den geschlossenen Widerstand der beiden Rechtsparteien, da dieser Widerstand auch auf den agrarischen Flügel des Zentrums so stark einwirken würde, daß er nach rechts gezogen würde. Stegerwalds Ideal ist also eine Regierung der bürgerlichen Parteien mit Einschluß der Deutschnationalen, eine Regierung, die unter den gegenwärtigen Umständen nichts anderes bedeuten würde, als der Ausdruck des Willens zum Kampfe gegen die gesamte Arbeiterklasse.

Das geht auch aus den Ratschlägen Stegerwalds hervor, die er seinem Parteifreund Wirth inbezug auf die Steuerpolitik gibt. Sein einziges Ideal sind Monopole für Kohle und Zigaretten. Sieht man selbst von der lächerlichen Unzulänglichkeit dieser Vorschläge bei der Höhe der zu erfüllenden Lasten ab, so geht doch daraus ganz deutlich hervor, daß Stegerwald auch in bezug auf die Steuerlasten dem Willen der Besitzenden weitgehend Rechnung tragen will. Er will keine Heranziehung der Besitzenden zu den ungeheuerlichen Lasten, die die deutsche Volkswirtschaft zu tragen hat, sondern ihre weitgehende Schonung und Erfüllung ihrer Wünsche.

Die Entschleierung Stegerwalds und damit des Zentrums ist also rascher gekommen, als man erwarten konnte. Die Reaktion hat in Stegerwald einen Mann gefunden, der ihren Absichten zu dienen bestrebt ist, der von Preußen aus dem Reich die Hindernisse in den Weg rollen will, durch die eine nach links gerichtete Politik unmöglich gemacht werden soll. Man sollte sich aber auch im Zentrum nicht der Meinung hingeben, daß das die Arbeiterschaft ruhig hinnehmen wird. Die Wirkungen einer solchen Politik in Preußen werden auch im Reich fühlbar werden.

Die Furcht vor der Wahrheit

Der Münchener Polizeipräsident Poehner verbietet die „Freiheit"

Der Münchner Polizeipräsident Poehner ist ein empfindsamer Herr. Die Aufforderungen zum Mord und zu Judenpogromen, welche die reaktionäre Presse Bayerns täglich ergehen läßt, bringen den Herrn zwar nicht aus seiner deutschnationalen Ruhe. Es stört ihn auch nicht, wenn Republikaner von einem antisemitischen Radaupöbel auf der Straße überfallen und halbtot geprügelt werden. Die Niederschießung des Genossen Gareis hat dem famosen Polizeipräsidenten ebenfalls keine seelischen Beschwerden gemacht. Er besitzt in dieser Beziehung sehr gute Nerven, hört und sieht nichts, und sein ganzer Beamtenapparat folgt diesem Beispiel. Sobald aber Kritik an Herrn Poehners Tätigkeit geübt wird, sobald man darauf hinweist, daß er durch einen Akt des Hochverrats ans Ruder gekommen ist und sein Amt im Dienste der monarchistischen Gegenrevolution mißbraucht, sobald Herr Poehner daran erinnert wird, daß durch seine Wirksamkeit der politische Mord in Bayern zum Regierungssystem geworden ist, gerät Herr Poehner aus der Ruhe. Er hat eine pannige Furcht vor der Wahrheit; gegen sie kämpft er mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln, und um sie zu töten, hat er in seiner Eigenschaft als Staatskommissar für München-Stadt und -Land den Vertrieb und die Verbreitung der — „Freiheit" verboten. Die Oberpostdirektion ist angewiesen, alle Exemplare dieser Zeitung zu beschlagnahmen. Zur Begründung wird angeführt:

„Die Tageszeitung „Freiheit" hat die Ermordung des bayerischen Landtagsabgeordneten Gareis zum Anlaß einer maßlosen Hetze gegen die bayerische Regierung benutzt. **Insbesondere wird die bayerische Regierung der Mitschuld an dem Mord bezichtigt und gesagt, daß den Münchener Polizeipräsidenten für die völlige Demoralisierung und Verrottung der Zustände die Hauptschuld treffe.**

In einem „Die Mörderzentrale Bayern" überschriebenen Artikel der Nummer 266 der „Freiheit" **wird laut nach Sühne des Mordes an Gareis gerufen** und gefordert, daß Kahr fort und der Polizeipräsident wegen Begünstigung vor Gericht gestellt werden müsse.

Diese Sprache ist im höchsten Maße geeignet, die Schwierigkeiten in Bayern, hauptsächlich in München, zu vermehren und die Massen noch weiter zu verhetzen. Hierdurch wird die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit ganz erheblich gefährdet.

Es war deshalb zu verfügen, wie geschehen. — Gegen das Verbot steht dem Verlag jederzeit das Recht der Beschwerde zu. Die Beschwerde ist bei dem Beschwerdegericht desjenigen Landgerichts anzubringen, in dessen Bezirk die Zeitung verbreitet wurde."

Wir möchten Herrn Poehner zuerst sagen, daß wir nicht „gehetzt", sondern Tatsachen festgestellt haben, und zwar Tatsachen, die dem gesamten In- und Auslande, mit Ausnahme des deutschnationalen Pöbels, seit Monaten bekannt sind. Wir wiederholen deshalb noch einmal, daß die bayrische Regierung, und insbesondere Herr Poehner, für die Ermordung des Genossen Gareis die intellektuelle Verantwortung tragen. Herrn Poehner ist es bisher noch nicht gelungen, auch nur einen einzigen deutschnationalen Messerhelden oder Mordbuben zu erwischen. In seinem Amte muß daher vieles faul sein, und da er außerdem die Propaganda des politischen Mordes von rechtsstehender Seite stillschweigend billigt, trifft ihn die volle Verantwortung für die völlige Demoralisierung und Verlotterung der politischen Zustände in Bayern. München ist unter Herrn Poehners Regime tatsächlich zu einer Mörderzentrale geworden.

Wie sehr die Zustände unter der Herrschaft Poehners und Kahrs in Bayern verlottert sind, beweist schon die Tatsache, daß Herr Poehner es als Hetze bezeichnet, weil wir, „laut nach der Sühne des Mordes an Gareis gerufen haben". Herr Poehner gibt damit indirekt zu, daß eine Sühne für den Mord nicht erfolgen soll. Die Forderung, Kahr und Poehner wegen Begünstigung vor die Schranken des Gerichts zu stellen, ist also durchaus berechtigt. Erst wenn das geschehen ist, werden sich auch die „Schwierigkeiten" beheben lassen, in die Bayern infolge der Tätigkeit der Kahr-Poehner-Roth hineingeraten ist. Dann erst wird es möglich sein, die „öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit" nicht nur in Bayern, sondern im ganzen Reiche im erhöhten Maße sicherzustellen und auch die außenpolitischen Schwierigkeiten wesentlich einzuschränken.

Herr Poehner konnte die „Freiheit", das heißt die Wahrheit, nur verbieten auf Grund des Ausnahmezustandes. Den „Miesbacher Anzeiger" und andere reaktionäre Organe, die täglich zum Mord auffordern, verbietet Herr Poehner nicht. Der Ausnahmezustand dient ihm also zu einer einseitigen Handhabe der Gesetze, was, juristisch gesprochen, ein neues strafbares Vergehen des Herrn Poehner darstellt. Kurz gesagt, es herrscht in Bayern unter Poehners polizeilicher Führung — frei nach dem „Miesbacher Anzeiger" — ein Saustall. Dieser Stall kann nur gereinigt werden durch die Beseitigung des Ausnahmezustandes.

Ein Vorstoß der bayrischen USP.

Kahr soll im Landtag Rechenschaft geben.

Drahtmeldung unseres Korrespondenten.

München, 14. Juni.

Die Landtagsfraktion der U. S. P. hat heute beim Präsidium des Landtages die schleunige Einberufung des Landtages verlangt und beantragt, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der ersten Sitzung zu setzen:

„Durch terroristische Gruppen werden seit langer Zeit Attentate auf Abgeordnete des bayrischen Landtages verübt, die im Falle des Abgeordneten Gareis zum Morde geführt haben. Was hat die Regierung getan, um das Treiben dieser Gruppen zu unterbinden, oder was gedenkt sie in Zukunft zu tun?"

Die Pariser Presse und der Mord

T. U. Genf, 14. Juni.

Die sozialistische Partei Frankreichs hat ihrer Entrüstung über die Ermordung von Gareis in einem Telegramm an die bayrischen Unabhängigen Ausdruck gegeben. Die kommunistische „Humanité" behandelt das Attentat als einen Zwischenfall des in Bayern herrschenden weißen Terrors und macht der französischen Regierung den Vorwurf, daß sie die klerikale monarchistische Reaktion Bayerns in ihren Anfängen begünstigt habe. **Aber auch die gesamte bürgerliche Presse Frankreichs von den linksrepublikanischen bis zu den nationalistischen Blättern macht die Regierung Kahr und die Orgesch direkt für die Ermordung von Gareis verantwortlich, die nur den Zweck gehabt habe, innere Unruhen hervorzurufen, um der Entente die Notwendigkeit der Einwohnerwehr zu beweisen. Gerade deshalb müsse die Entente unbedingt auf der vollständigen Auflösung der Orgesch und der Ablieferung aller Waffen bestehen.**

Der Mörder meldet sich

Die „Münchener Post" hat einen Brief erhalten, in welchem der Mörder des Genossen Gareis ein Bekenntnis ablegt. Das Bekenntnis lautet:

„Meine Tat erhebt Anspruch auf Mut, ich beging sie, weil ich mein Vaterland von einer Pestbeule befreien wollte, von einem der gefährlichsten Hetzer, die unseren Feinden Vorschub geleistet haben. **Ich bin geflohen, um mir mein Leben für weitere befreiende Taten zu erhalten.** Ich werde fernerhin jeden mit Gewalt zu entfernen suchen, der sein Vaterland verrät. **Möge es mir gelingen, den einen oder anderen bald dem geliebten Genossen Gareis nachzuschicken.** Gott möge mir verzeihen."

Es ist kaum anzunehmen, daß es sich bei diesem Bekenntnis um eine Mystifikation handelt. Der Brief könnte für die Polizei ein wertvoller Fingerzeig zur Ermittelung des Mörders sein, wenn an der Spitze der Münchener Polizei nicht — Herr Poehner stehen würde.

Große Kundgebung in Frankfurt a. M.

Drahtmeldung unseres Korrespondenten.

Frankfurt a. Main, 14. Juni.

Auf dem hiesigen Festhallengelände fand heute nach Fabrikschluß eine von Tausenden von Arbeitern besuchte öffentliche Demonstrationsversammlung der U. S. P. D. gegen das Mordregiment in Bayern statt. Genosse Landtagsabgeordneter Löbein berichtete von dem Kampf der Münchener Arbeiterschaft gegen das Kahr-Regime. Die Mitteilung von dem Beileidstelegramm des Kultusministers Matt, der den toten Gareis als hochbegabten Mann feierte, nachdem er den Lebenden nicht im Schuldienst geduldet hatte, löste helle Entrüstung aus. Der Redner forderte, nicht zu trauern um den Kämpfer Gareis, sondern in seinem Geist den Kampf aufzunehmen. Der kommunistische Bezirkssekretär Roap schloß sich dem Protest an. Zum Schluß machte sich die Versammlung die Forderungen des Zentralkommitees der U. S. P. D., besonders die Beseitigung der Ausnahmegerichte, zu eigen und verlangte Amnestie, Beseitigung der Kahrregierung und Aufhebung des Ausnahmezustandes. **Die rechtssozialistische Frankfurter „Volksstimme" hatte in Fettdruck vor der Teilnahme an der Versammlung gewarnt. Trotzdem brach der in Frankfurt tagende Verbandstag der Maler seine Tagung ab und erschien vollzählig auf dem Versammlungsplatz, um Zeugnis von der proletarischen Solidarität abzulegen.**

Liebesgabenpolitik

Der raschen Einbringung der Interpellation der Unabhängigen Fraktion über die bayrische Mordherrschaft folgte gestern zu Beginn der Reichstagssitzung der zweite Vorstoß. Auf Antrag Crispiens wurde die Interpellation sofort auf die Tagesordnung gesetzt und damit der Regierung die Erklärung ermöglicht, daß sie die Interpellation noch in dieser Woche beantworten werde.

Die Beratungen über die Neuregelung der Getreidewirtschaft wurden mit einer gleichmäßig eindrucklos vorgelesenen Rede des Ernährungsministers Hermes eröffnet. Die schönen Worte, die sie enthielt, sind aber nur bestimmt, die Tatsache zu verbergen, daß die Agrarier eine sehr erhebliche Steigerung ihres Gewinns zu erwarten haben, wenn das Umlageverfahren beschlossen wird. Trotzdem sind die Agrarier nicht zufrieden, wie die Rede des adligen Reaktionärs von Braun zeigte, der erklärte, daß, selbst wenn das Umlageverfahren beschlossen werde, die Agrarier es mit allen Mitteln bekämpfen werden, d. h. einfach nicht abliefern wollen.

Die von den bürgerlichen Parteien eingebrachten Anträge zeigen ganz offen, die Tendenz, die Höhe der abzuliefernden Menge an Getreide noch weiter herabzusetzen, womit ganz deutlich die Absicht verknüpft ist, die hohen Preise für das freie Getreide für einen noch größeren Teil der Ernte zu erhalten. Liebesgaben über Liebesgaben an die Landwirte! Das ist der einzige Gesichtspunkt, von dem aus die Politik der bürgerlichen Parteien bestimmt wird.

Das Lager Sielow

Wir haben in der gestrigen Morgenausgabe festgestellt, daß das Lager Sielow bei Kottbus von einer Interalliierten Kommission besucht worden sei. Die Kommission habe bei dieser Gelegenheit festgestellt, daß in dem Lager eine große Anzahl von Personen untergebracht ist, die nichts mit den Kämpfen in Oberschlesien zu tun hatten, also grundlos verhaftet worden sind. Während des Transportes von Oberschlesien nach Kottbus waren die Gefangenen teilweise schweren Mißhandlungen ausgesetzt. Die „P. P. N." erklären jetzt zu der von uns gebrachten Nachricht, daß die Kommission lediglich aus dem französischen Kapitän Marschall und einem Dolmetscher, begleitet von dem Konsul Wilde, bestanden habe.

Dadurch wird an dem Kern der Sache nichts geändert, denn auch die „P. P. N." müssen zugeben, daß unsere Mitteilungen den amtlichen Angaben nicht widersprechen. Es fragt sich nun, was die preußische Regierung zu tun gedenkt, um die Schuldigen zur Rechenschaft zu ziehen. Die Verhaftungen wurden, wir stellen das noch einmal fest, durch Orgeschbanden vorgenommen, deutschnationale Parteianhänger spielten dabei die Denunzianten. Daß sich diese Dinge nicht länger verheimlichen lassen, muß auch der preußischen Regierung bekannt sein, und daß sie nicht im Interesse des Ansehens Deutschlands liegen, darüber ist sich wohl auch niemand im Zweifel. Deshalb geben wir uns nicht zufrieden damit, wenn die unschuldig Verhafteten jetzt entlassen werden, sondern wir verlangen die Bestrafung aller Schuldigen an diesen unerhörten Vorgängen.

Beratungen des Reichsrats. Der Reichsrat genehmigte in seiner öffentlichen Sitzung vom Dienstagabend den Gesetzentwurf über das Abkommen zwischen Deutschland, Polen und der Freien Stadt Danzig über den freien Durchgangsverkehr zwischen Ostpreußen und dem übrigen Deutschland. Ohne Debatte genehmigte der Reichsrat das neue Fernsprechgebührengesetz. Eine Reihe von Nachtragsetats für 1921 wurde debattelos genehmigt, ebenso ein Gesetzentwurf über Abänderung des Wehrgesetzes auf Grund der Bedingungen der Londoner Note vom 5. Mai.

Der englische Bergarbeiterstreik

Vor der Urabstimmung

Es hat den Anschein, als sollte der englische Bergarbeiterstreik seinem Ende entgegengehen. Heute findet die Urabstimmung über die neuen Einigungsvorschläge statt, die der Vorstand des Bergarbeiterverbandes ausgeschrieben hat. Die Bergarbeiter stehen vor einem Ultimatum der Regierung. Um übermäßige und schnelle Lohnkürzungen zu vermeiden, bietet die Regierung 10 Millionen Pfund als Zuschuß an, aber sie hält dieses Angebot nur aufrecht, wenn bis zum 18. Juni eine Einigung erfolgt ist. Das ursprüngliche Kampfesziel der englischen Bergarbeiter, das nationale Pool, jene zentrale Ueberschußkasse, in die das Unternehmertum seine Gewinne abführen sollte, und nach deren Stand die Löhne berechnet werden sollten, ist nicht durchgesetzt worden, denn es wird von den vorliegenden Einigungsvorschlägen abgelehnt. Die Bergarbeiter stehen also vor der Frage, ob sie für diese Forderung unter Preisgabe des 10 Millionen-Zuschusses weiterkämpfen, oder ob sie auf der vorliegenden Grundlage einer Verständigung zustimmen wollen.

Die Einigungsvorschläge, um die es sich bei der Abstimmung dreht, enthalten zunächst den bereits erwähnten Regierungszuschuß und außerdem das Zugeständnis, daß bis zum 1. August die Lohnherabsetzungen nicht mehr als 2 Schilling für die Schicht betragen darf, für Arbeiter unter 16 Jahren nur einen Schilling. Vergegenwärtigt man sich, daß das Bestreben der Unternehmer auf viel höhere Lohnkürzungen gerichtet war, so erscheint dieser Vorschlag günstig. Um seine Bedeutung richtig einzuschätzen, muß man aber wissen, daß diese Lohnkürzung nicht die erste ist, die die englischen Bergarbeiter in diesem Jahre zu ertragen hatten. Bereits vor dem Ausbruch des gegenwärtigen Streiks kamen mehrfach Lohnkürzungen im englischen Bergbau vor. Der durchschnittliche Monatsverdienst eines Bergarbeiters war von 22 Pfund 1 Schilling 9 Pence im Januar auf 18 Pfund 4 Schilling 9 Pence im Februar gesunken. In einzelnen Bergbaugebieten kamen sogar nach stärkere Lohnherabsetzungen vor, in anderen Gebieten und auf einzelnen Gruben waren die Löhne auch vor dem Januar schon von ihrem Höchststand im Oktober und November vorigen Jahres gesunken.

Jede Lohnherabsetzung nach dem 1. August muß die Zustimmung beider Teile haben, heißt es in den neuen Vorschlägen weiter, bis der Augenblick eintritt, in dem der Zuschuß der Regierung verbraucht ist. Die beabsichtigte neue Regelung gilt also eigentlich nur bis zu diesem Zeitpunkt. Um den „Wirtschaftsfrieden" im Kohlenbergbau aber dauernd zu erhalten, soll ein nationales Grubenamt mit paritätischer Besetzung und unparteiischem Vorsitzenden geschaffen werden. Dieses nationale Grubenamt bestimmt nicht nur den jeweiligen Minimallohn, sondern berechnet auch den Unternehmergewinn nach einem bestimmten, an der Höhe der Löhne zu bemessenden Prozentsatz. Die Stückarbeiter sollen durch einen besonderen Zuschuß für den Ausfall entschädigt werden, der für sie durch die Herabsetzung der Arbeitszeit von 8 auf 7 Stunden entstanden ist. Alle Entscheidungen des Lohnamtes sind für beide Teile für 12 Monate bindend, und sind dreimonatlich kündbar. Das nationale Grubenamt gilt also durchaus als ein dauerndes Lohnamt, das, wie wir schon oben erwähnten, eine dauernde Regelung der Arbeitsbedingungen im Bergbau an die Stelle der provisorischen Regelung setzen soll, die in dem Augenblick abläuft, wo der Zuschuß der Regierung verbraucht ist.

Wie sich die englische Bergarbeiterschaft mit einer solchen Einrichtung abfinden wird, ist noch nicht zu übersehen, so lange nicht erkennbar ist, wie weit die Befugnisse des Grubenamtes gehen und wie weit die Verbindlichkeit der Sprüche des Amtes reicht. Die englische Arbeiterschaft ist im allgemeinen an Regelungen dieser Art gewöhnt, die besonders in der letzten Zeit durch die Einführung der gleitenden Lohnberechnung in vielen Industrien allgemeiner Brauch geworden sind. Dennoch wird die englische Bergarbeiterschaft ihr Bestreben stets wieder auf die Sozialisierung der Kohlenwirtschaft richten müssen, denn das Zugeständnis, daß die Gewinne der Grubenbesitzer stets in einem bestimmten Verhältnis zu den Löhnen bleiben sollen, ist nicht einmal als eine bescheidene Abschlagszahlung auf die Sozialisierung zu werten, und sie erreicht in ihren Wirkungen auch bei weitem nicht die Bedeutung der ursprünglichen Forderung des gegenwärtigen Streiks, des nationalen Pools. Das Ganze stellt sich dar als ein Ausweg, aber es hat den Anschein, als ob die englische Bergarbeiterschaft durch die Urabstimmung bekunden wird, daß sie bereit ist, diesen Ausweg einstweilen zu gehen. Die lange Dauer des Streiks dürfte sie dazu zwingen. Zahlreiche Nachrichten lassen denn auch erkennen, daß auch die Streikenden eine Beendigung des Streiks wünschen, so daß ein entsprechendes Votum fast mit Sicherheit zu erwarten ist.

Die Bau- und Wohnungspolitik

An die Bevölkerung Berlins!

Seit vielen Jahren leidet das Berliner arbeitende Volk unter steigender **Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit.** Das soziale Elend wird immer größer und unerträglicher.

Was kann geschehen, um die schwersten Schäden zu mildern und allmählich in planvoller Arbeit dauernde Besserung zu schaffen?

Es muß unter Anspannung aller Kräfte eine möglichst umfangreiche Neubautätigkeit und eine sachgemäße Erfassung und Verteilung des vorhandenen Wohnraums einsetzen, um Arbeitslose nutzbringend zu beschäftigen und Wohnungslose unterzubringen.

Was kann **die Einheitsgemeinde Berlin** zur Erfüllung dieser Forderungen tun? Den Weg hierzu haben die Gewerkschaften seit Monaten gewiesen. Berlin muß umfassende Bodenpolitik treiben, muß Land für Neubauten, für Kleingärten und für Freiflächen zur Verfügung stellen. Spekulative Gewinne Einzelner müssen dabei ausgeschaltet werden.

Berlin muß in Ergänzung der Reichs- und Staatsmittel durch eine gesicherte Finanzwirtschaft die für die Bautätigkeit erforderlichen Geldmittel aufbringen.

Berlin muß alle öffentlichen Geldmittel aufs Sparsamste verwenden und deshalb die Baustoffversorgung und Bauausführung in erster Linie auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage betreiben. Berlin muß unter vollster Wahrung des Mieterschutzes eine sachgemäßere und verschärfte Erfassung und Verteilung des vorhandenen Wohnraumes durchführen.

Können diese Forderungen der werktätigen Bevölkerung heute erfüllt werden? Ja! Sie können es! Dann aber muß der Kurs heißen: **Soziale Bauwirtschaft!**

Die Stadtverordnetenversammlung hat dies Gebot der Stunde erkannt. Von der äußersten Linken bis in die Reihen der Bürgerlichen hinein hat das Stadtparlament in vorausschauender Erkenntnis beschlossen, durch eine zusammenfassende Organisation die Grundlagen für **sachgemäßes städtebauwirtschaftliches Handeln** zu schaffen und die von uneingeweihten Beratern aus durchsichtigen Gründen hineingetragenen Gedanken abzulehnen. Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit kann nicht durch Städtebauplanung bekämpft werden. Die für die bisherige Baupolitik Berlins verantwortlichen Stellen des Magistrats versuchen nun mit allen Mitteln, **im Gegensatz zu dem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung,** die öffentliche Meinung in ihrem Sinne zu beeinflussen.

Um ein wohnungspolitisch gesünderes und auch ein künstlerisch schöneres Berlin für alle Zukunft zu schaffen, bedarf es aber grundsätzlicher Abkehr aller Maßnahmen, die nur auf äußerliche Wirkung berechnet sind. Es bedarf der Abkehr von undurchführbaren Planungen, von der Errichtung kulissenhafter Prachtgebäude, von der Anlage prunkender Straßenzüge mit ungesunder Häufung lebenvernichtender Wohnungen. Das war die Berliner Wohnungspolitik der letzten Jahrzehnte. **Mit diesem System muß endgültig gebrochen werden.**

Alle sogenannten städtebaulichen Berühmtheiten können die sozialen Schäden Berlins nicht heilen. Sie arbeiten für die Plankammern und für die Aktenständer, nicht für die Wirklichkeit. Das Vertrauen der Berliner Bevölkerung wird nur Männern zuteil werden, die den Willen zur Tat besitzen, nicht aber solchen, deren Halbheiten von Anbeginn zum Scheitern verurteilt sein müssen.

Nicht wirtschaftliche Experimente sind es, was wir wollen. Wir wollen, daß **den Wohnungslosen Wohnungen erstehen, den Arbeitslosen Arbeit** gegeben wird, und wir werden mit äußerster Energie, gestützt auf die Masse des arbeitenden Volkes, darauf bestehen, daß **der richtigen Erkenntnis** des städtischen Parlaments **die rechten Taten folgen,** und daß dabei durch planvoll vorausschauende, auf dem Boden der Wirklichkeit ruhende Maßnahmen im vollsten Ausmaße die Interessen der Arbeiterschaft gewahrt werden.

Afa-Bund Ortskartell Groß-Berlin
Flatau, Otto, Schikora.

Der Ausschuß der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend
G. Sabath.

Der Haushaltsvoranschlag der Einheitsgemeinde

Kein Fehlbetrag — Verminderung der Schuldenlast — Erhöhung der Werktarife

Vom Nachrichtenamt des Magistrats wird über den Abschluß des Haushalts der Einheitsgemeinde Groß-Berlin, der am Donnerstag in der Stadtverordnetenversammlung beraten wird, folgende Auslassung verbreitet:

Sämtliche Haushaltspläne sind unter Berücksichtigung der größten Sparsamkeit auf allen Gebieten nach einheitlichen Richtlinien geprüft und danach berichtigt worden. Um bei der notwendig gewesenen vorsichtigen Bemessung der Ansätze den Verwaltungen eine größere Bewegungsfreiheit zu geben, sind für den gesamten Haushalt als Vorbehaltsmittel 42 Millionen Mark bereitgestellt und auf den zentralen Haushalt mit 16 und die Bezirkshaushalte mit 26 Millionen verteilt worden. Von dieser Summe werden dem Magistrat und den Bezirksämtern für Leistung unvorhergesehener Ausgaben im Einzelfall bis zu 20 000 bzw. 10 000 Mark zwecks Beschleunigung des Geschäftsganges und zur Entlastung der Stadtverordneten- und der Bezirksversammlung 20 Prozent zur selbständigen Bewirtschaftung überwiesen. Die Verfügung über den größeren Teil von 80 v. H. ist jedoch beiden Körperschaften, dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung für den Zentralhaushalt und den Bezirksämtern und den Bezirksversammlungen für den betreffenden Bezirkshaushalt vorbehalten.

Der veranschlagte Bedarf im Verwaltungsjahre 1921

hat sich gegen das Vorjahr durch das weitere Steigen der Preise für sämtliche Betriebsmaterialien, insbesondere Kohlen, erhöht. Eine Steigerung des Bedarfs um beträchtliche Summen ergibt sich auch daraus, daß die letzte Erhöhung der Gehälter und Löhne für die Beamten, Angestellten, Lehrer und Arbeiter, die das vorige Verwaltungsjahr nur mit der anteiligen Summe vom 1. Januar 1921 und 1. November 1920 ab belastete, für das Verwaltungsjahr 1921 mit der vollen Jahressumme eingestellt worden ist. So beträgt der Unterschied allein ungefähr 100 Millionen Mark. Da die Werke den Mehraufwand selbst zu bestreiten haben, sind bereits im Jahre 1920 ihre Tarife erhöht worden. Eine weitere Erhöhung der Sätze wird von uns in einer besonderen Vorlage beantragt werden. Ebenso machen sich die Steigerungen der Verpflegungssätze der Krankenhäuser, Hospitäler und Heimstätten und die Heraufsetzung der Bäderpreise bemerkbar, denen die Stadtverordnetenversammlung bereits im Verwaltungsjahre 1920 zugestimmt hat. Die Erhöhung des Schulgeldes für höhere Schulen ist vom 1. Juli 1921 ab vorgesehen. Im Kapitel 18 (Kapital- und Schuldenverwaltung) erscheinen in diesem Jahre 80 Millionen Mark als erste Tilgungsrate der im Verwaltungsjahre 1920 zur Herstellung des Gleichgewichts vorgesehenen schwebenden Schuld von 399 725 000 Mark, die laut Beschluß der Stadtverordnetenversammlung in fünf Jahresraten abzutragen ist. Bei demselben Kapitel ist ein Anleihebeitrag von 120 625 000 Mark angesetzt, der zur Deckung der vom Reich zu übernehmenden, von den ehemaligen Vororigemeinden geleisteten Kriegswohlfahrtsausgaben (§ 59 des Landessteuergesetzes) bestimmt ist, soweit nicht schon begebene Anleihen diesen Ausgaben gegenüberstehen. Die vom Reich zu erstattenden Zinsen für diese Anleihen, deren auf die ehemaligen Vororte entfallende Gesamtsumme unter Einschluß des obigen Postens 192 970 000 Mark beträgt, sind bei der Einnahme mit 9 639 000 Mark eingestellt. Für Alt-Berlin sind in dem vorjährigen Haushalt für den gleichen Zweck rund 396 Millionen Mark Anleihe vorgesehen. Der Stand der festen und schwebenden Schuld am 31. März 1921 war folgender:

feste Schuld	2 440 257 670 Mk.
schwebende Schuld	1 665 825 924 Mk.
zusammen:	4 106 083 594 Mk.

Ein Vergleich mit den Schulden am 1. Oktober 1920 ergibt eine **Ermäßigung**

der festen Schuld um	**23 226 434 Mk.**
der schwebenden Schuld um	**193 153 143 Mk.**

Die Verringerung der festen Schuld ist auf die planmäßigen Abtragungen zurückzuführen, denen nur geringe Neubegebungen gegenüberstehen. **Auf die schwebende Schuld konnten erhebliche Rückzahlungen aus Mitteln geleistet werden, die aus dem Abbau der Kriegsverwaltungen und der damit verbundenen Realisierung der Warenbestände, sowie aus Steuereingängen entstanden sind.** Bei den außeretatsmäßig geführten Kriegskonten sämtlicher Groß-Berliner Verwaltungen rechnet der Magistrat im Jahre 1921 mit einem Fehlbetrage von 140 Millionen Mark. Als Leistung der Straßenbahn an die Kämmerei an Stelle der früheren Abgaben an die ehemaligen Groß-Berliner Gemeinden sind 33 Millionen Mark veranschlagt und als **Ueberschuß der neugebildeten Berliner Anschlag- und Reklamewesen-G. m. b. H. 1,5 Millionen Mark.**

Der Gesamthaushaltsplan für 1921 zeigt folgendes Bild: Die Verwaltungsbezirke 1—20 schließen mit einem Bedarf von 1 526 970 520 Mark ab; an dem Bedarf sind die Verwaltungsbezirke 1—6 einschließlich Stralau mit 793 606 960 Mark, die Außenbezirke mit 733 363 560 Mark beteiligt. Die Zentralverwaltung (ohne Steuern) weist einen Bedarf von 192 549 610 Mark auf; an Anleihen sind 425 242 200 Mark vorgesehen. **Die Haushaltspläne der wichtigsten Werke** schließen wie folgt ab:

	Ertrag	Bedarf
Gaswerke	—	11 878 980 Mk.
Wasserwerke	14 028 460	—
Kanalisationswerke	—	12 100 „
Güter	644 540	— „
Hafen- und Speicheranlagen	—	1 035 140 „
Schnellbahnen usw.	—	5 217 360 „
Elektrizitätswerke	90 924 650	— „
Forstverwaltung	790 800	— „

Die Voranschläge des Vieh- und Schlachthofes, der Straßenbahnen, des Fuhramtes und des Anschaffungsamtes gehen in Einnahme und Ausgabe auf. Insgesamt ergibt sich ein Ertrag von 88 701 450 M. gegen einen Bedarf von 33 258 689 M. im Jahre 1920. Das günstigere Bild ist durch die Tariferhöhungen, bei den Gütern durch Erzielung höherer Einnahmen, bei den Straßenbahnen durch Einschränkung des Betriebes entstanden. Indessen verlangt das Haushaltsgleichgewicht hier eine weitere finanzielle Verbesserung. Hierzu gehört neben der Festsetzung der Kanalisationsgebühren vom 1. Juli 1921 ab auf 12 v. H. des amtlichen Gebäudesteuernutzungswertes eine erhebliche **Erhöhung des Tarifs für Gas und Elektrizität.** Besondere Vorlagen hierüber gehen der Stadtverordnetenversammlung noch zu. Bemerkenswert ist, daß der Anleihebedarf der gesamten Verwaltung, der 1920: 1 261 239 914 M. betrug, für den Haushalt 1921 auf 782 989 000 M. vermindert werden konnte. Nach den bisherigen Ausführungen liegt für das Verwaltungsjahr 1921 folgender Gesamtbedarf vor:

A. Bezirksverwaltungen 1—20	1 526 970 520 Mk.
B. Zentralverwaltung	192 549 610 „
C. Nachtrag Neukölln	4 385 710 „
zusammen:	1 723 905 840 Mk.

Dem stehen gegenüber die Erträge aus feststehenden Steuern und aus der Erhöhung der Tarife. Der Anteil an der Reichseinkommensteuer ist auch 1921 auf die Isteinnahme 1919 zuzüglich 35 Prozent beschränkt. Es tritt jedoch hinzu die Entschädigung für den Wegfall der Gemeindeabgabe vom steuerfreien Einkommen, die mit 100 Millionen Mark angesetzt ist. Die Verhandlungen mit dem Reiche über die Gewährung dieser Entschädigung schweben noch, werden jedoch in nächster Zeit beendet sein. Die neue Wertzuwachssteuerordnung liegt den Aufsichtsbehörden zur Zeit zur Genehmigung vor. Mit dem Inkrafttreten der Ordnung zum 1. Juli 1921 wird gerechnet. Ebenso liegt der Fall bei der neuen Schankkonzessionssteuer. Die neuen geplanten Steuerordnungen, Kraftdroschkensteuer, Steuer auf Kraftfahrzeuge usw., auf Wagen und Pferde liegen der Stadtverordnetenversammlung gegenwärtig zur Beschlußfassung vor und werden voraussichtlich mit dem 1. August 1921 in Kraft treten. Die Wohnungsluxussteuerordnung hat bisher die Genehmigung und Zustimmung der Aufsichtsbehörden noch nicht gefunden, da die Annahme der Novelle zum Kommunalabgabengesetz abgewartet wird, durch welche rechtliche Bedenken über die Zulässigkeit der Steuerordnung beseitigt werden sollen. Es ist deshalb der Ertrag der Steuer nur für das zweite Halbjahr in Rechnung gestellt. Auch die Hausangestelltensteuerordnung ist noch nicht genehmigt, jedoch wird mit ihrem Inkrafttreten zum 1. Juli 1921 gerechnet. Im einzelnen ergeben sich folgende Beträge:

a) feste Steuern:	
1. Anteil an der Reichseinkommensteuer	1 004 250 000 Mk.
2. Gemeindeeinkommensteuer	—
3. Anteil an der Grunderwerbsteuer	24 910 000 „
4. Zuwachssteuer	3 800 000 „
5. Schankkonzessionssteuer	12 175 000 „
6. Reichsumsatzsteuer	112 500 000 „
7. Wanderlagersteuer	20 000 „
8. Biersteuer	1 250 000 „
9. Lustbarkeitssteuer	54 055 000 „
10. Beherbergungssteuer	12 000 000 „
11. Kraftdroschkensteuer	12 000 000 „
12. Steuer auf Kraftfahrzeuge	5 000 000 „
13. Steuer auf Wagen und Pferde	4 000 000 „
14. Hundesteuer	14 000 000 „
15. Wohnungsluxussteuer	10 000 000 „
16. Hausangestelltensteuer	6 000 000 „
zusammen:	1 275 960 000 Mk.
Als Ausgaben für die umlagefähigen Steuern sind angesetzt:	30 000 „
bleiben:	1 275 930 000 Mk.
b) Mehrertrag aus der vorgesehenen Erhöhung der Werktarife	75 000 000 „
zusammen:	1 350 930 000 Mk.
Zieht man von dem errechneten Gesamtbedarf von	1 723 905 840 „
vorstehenden Ertrag zu a) und b) ab mit	1 350 930 000 „
verbleibt ein noch zu deckender Bedarf ... von:	372 975 840 Mk.

Es beträgt:

1 v. H. der Gemeindegrundsteuer	249 010 „
1 v. H. der Gewerbesteuer	416 548 „
1 v. H. der Betriebssteuer	6 000 „

Zur Deckung des obigen Fehlbetrages sind daher erforderlich 346 v. H. der Gemeindegrundsteuer ... 102 038 860 „
648,99 v. H. der Gewerbesteuer ... 270 336 980 „
100 v. H. der Betriebssteuer ... 600 000 „
= wie oben 372 975 840 Mk.

Der Magistrat hat die Stadtverordnetenversammlung ersucht, zu beschließen:

Der Haushaltsplan für das Verwaltungsjahr 1921 wird in Einnahme und Ausgabe auf 6 102 654 700 M. festgesetzt. Der Steuerbedarf von 372 975 840 M. wird gedeckt durch Belastung der Realsteuern mit 523,40 v. H. der staatlich veranlagten Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuern mit der Unterverteilung, daß die Grund- und Gewerbesteuer mit 346 v. H. in der Form der Grundwertsteuer mit 5 v. T. des gemeinen Wertes der bebauten steuerpflichtigen Grundstücke und mit 8 v. T. des gemeinen Wertes der unbebauten steuerpflichtigen Grundstücke erhoben wird, während die Gewerbesteuer mit 648,99 v. H. der staatlichen Sätze erhoben wird mit der Unterverteilung, daß in Klasse I: 730 v. H., in Klasse II: 610 v. H., in Klasse III: 400 v. H. und in Klasse IV: 250 v. H. zur Hebung gelangen. Die Betriebssteuer wird mit 100 v. H. erhoben.

Eine eingehende Betrachtung des Haushalts behalten wir uns vor. Schon jetzt aber kann gesagt werden, daß dieser Abschluß zeigt, wie unberechtigt die Angriffe über „sozialistische Mißwirtschaft" sind, die dauernd die bürgerliche Presse angefüllt haben. Trotz der Schwierigkeiten, die aus der Vereinigung von fast hundert Gemeinden zu einer Einheitsgemeinde bestehen, ist — rein rechnerisch — das Gleichgewicht in den Einnahmen und Ausgaben hergestellt worden, und zugleich, wie neulich schon der Kämmerer erklärt hat, eine nicht unbeträchtliche Verminderung der Schuldenlast eingetreten. Wir wollen dieses Ergebnis durchaus nicht überschätzen. Es wird ja in der Praxis erst eintreten, wenn die Erhöhung der Gebühren, gegen die wir außerordentlich starke Bedenken haben, wirksam wird. Trotzdem zeigt der Abschluß, daß der jetzige Magistrat und die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung sowohl den Willen, wie die Möglichkeit haben, die durch den Krieg und all seine unseligen Folgen, vor allem durch die unverantwortliche Wirtschaftspolitik der früheren Regierung, entstandenen finanziellen Schwierigkeiten der Einheitsgemeinde zu überwinden.

Verlag für Gesellschaft und Erziehung

Jeder Erzieher und sozialistische Lehrer, alle in Kindergruppen tätigen Genossen müssen lesen:

P. P. Blonski

Die Arbeitsschule

Herausgegeben im Auftrage des Exekutivkomitees der Kommunistischen Jugend-Internationale

Preis broschiert 10 M. / Preis gebunden 15 M.

Zu beziehen durch:

Verlag Junge Garde, Berlin C 2, Stralauer Straße 12

Theater und Vergnügungen

Volksbühne 7½ Uhr: **Die lange Jule**

Neues Volkstheater Köpenicker Str. 68. 7 Uhr: **Die St. Jakobsfahrt**

Staatstheater. Opernhaus 7 Uhr: **Mona Lisa** Schauspielhaus 6½ Uhr: **Peer Gynt**

Direktion: Max Reinhardt. **Deutsches Theater** 7½: **Potasch u. Perlmutter**

Kammerspiele 8 Uhr: **Mesalliance**

Großes Schauspielhaus Kurfürstenstraße 7 U.: **Ein Sommernachtstraum** (11. Abteilung, 6. Abend)

Theater i. d. **Königgrätzer Str.:** Täglich 7.30 Uhr: **Mit dem Feuer spielen** 9 Uhr: **Satans Maske** (Orska, Riemann, Bildt)

Berliner Theater: **Das Milliarden Souper** 7.30 Uhr: Hilde Wörner, Ilschi Elleot, Ralph Arthur Roberts, Herb. Kiper, Paul Rehkopf

Komödienhaus: Abendlich 7.30 Uhr: Der **blonde Engel** von Robert Winterberg. Paul Heidemann a. G., Josefine Dora v. Staatsth. a. G., Ingeborg Strauss, Ilse Narsen, Georg Basselt, Kurt Busch, Julius Rogg.

Residenz-Theater 7½ Uhr: Max Adalbert in **Wenn das Spiel gemacht ist — — — — ab dafür**

Trianon-Theater 7½ Uhr: Alfred Abel in **Am Teetisch**

Kleines Theater 7½ Uhr: Olga Limburg in **Nur ein Traum**

Walhalla-Theater 7½ Uhr: **Die Scheidungsreise**

8 U. **Folies Caprice** 8 U. **Schlafzimmergeheimnis Liebe en gros** mit Ferd. Gerhard

Lessing-Theater Direkt.: Victor Barnowsky. Abendlich 7½ Uhr: **Die Ballerina des Königs** (Konstantin, Eby)

Deutsch. Künstl.-Theater Abendlich 7½ Uhr: **Rosenmontag** (Hasch, Loos, Schroth)

Thalia-Theater 7½ Uhr: **Mascottchen**

Komische Oper 7½ **Die Oper** 7½ **Alt-Heidelberg**

Theater am Nollendorfplatz 3½ Uhr: **Der Strom** 7½ Uhr: **Der Vetter aus Dingsda**

Rose-Theater 7½ Uhr: **Wo die Schwalben nisten**

7½ Apollotheater 7½ Friedrichstraße 218. Täglich: **Tip-Tip Hurra!** oder **Der Sport-Schlemihl** mit Wilhelm Hartstein

Berliner Prater Kastanien-Allee 7-9. Täglich 4½ Uhr: **Die Schönste von Allen** Operette von Jean Gilbert. • Varieté-Sensationen •

Theat. a. Kottb. Tor Tel. Moritzplatz 10077. Täglich 7½ Uhr: **Elite-Sänger** — 10 Herren! — Vorvk. 11—1½ u. 4—6

Metropol Varieté-Kabarett. Behrenstraße 34. 7½ Uhr: Intern. Damen-Boxkämpfe und der unübertreffliche Juni-Spielplan

---

Neue Welt Arnold Scholz Hasenheide 108/114

Mittwoch, den 15. Juni 1921

Konzert und Spezialitäten-Vorstellung

I. Großes Kinderfest

Kindertheater, Kinderspiele, Kinderbelustigungen aller Art, wie Topfschlagen usw., Kinderfackelzug

Die Kaffeeküche ist von 2 Uhr ab geöffnet

Anfang 4 Uhr **Einlaß 2 Uhr**

Voranzeige: Donnerstag, den 16. Juni

Großes Fronten-Feuerwerk

Finanzberatungen / Neugründungen / Kaufmännische Gutachten für Behörden und Private

Wilhelm Rose

Berlin-Schöneberg, Badenschestr. 5 (Ecke Innsbrucker Str., 5 Minuten vom Bayrischen Platz)

Fernsprecher: Stephan 8100

Sprechstunden: 9—3, Sonnabends 9—1 Uhr

Serriöse, fachmännische Beratung in kaufmännischen und finanziellen Angelegenheiten gegen mäßiges Honorar

---

Geschlechtsleiden

Harnröhrenleiden, frisch und speziell veraltet, Syphilis, Manneesschwäche, Weissfluss behandelt ohne Berufsstörung

Dr. med. Dammanns Heilanstalt

Berlin M 6, Potsdamer Strasse 123 B.

Sprechstunden: 9 bis 11, 3 bis 6, Sonntags 10 bis 11. Belehr. Brosch. mit zahlr. Dankschr. u. Angabe bewährter Heilmittel ohne Quecksilb. u. andere Gifte gegen M. 2,— diskret in verschloss. Doppelbriefe ohne Absender. Leiden genau angeben.

Platin, Gold-, Silberbruch Zahngebisse kauft Uhrmacher zu reellem Tagespreis

Neukölln, Bergstraße 140

Eingang Goethestr. im Laden. Täglich von 3—7 Uhr. Vorzeiger dieses erhält Mk. 3.— beim Verkauf. Straßenbahnlinien: 47, 48, 22, 46, 7, 15, 83, 10. 5 Min. vom Ringbahnhof Neukölln.

Westmanns Trauer-Magazin. Große Auswahl. Billige Preise. I. Mohrenstr. 37 (Kolonnaden) II. Gr. Frkf. Str. 115 (nahe Andreasstr.) Auswahlsendung sof. Amt Zentrum 7890. Sonntags geschlossen.

Schlafzimmer eichenes, echter Marmor, Auflege-Matratzen, 3850.—, weisses 2900.—, Herrenzimmer, schwere Ausführung, Bibliothek, geschliff. Scheiben, 3650.—, Speisezimmer, hübsches Muster, mit 6 Polsterstühl., 3750.—, Küchen 500.—, Kinderwagen 2500.—, Standuhren, nußbaum, eichen, 1200.—. Große Auswahl in schweren Herren-, Speise- u. Schlafzimmern enorm billig.

Hans Lennert Lothringer Str. 55 am Rosenthaler Platz.

Frackverleihinstitut, Friedrichstr. 122/123. Frack, Smoking, Gehrockanzüge. Elegante moderne Sachen. Mäßige Preise

---

Keine Filialen mehr.

Ausverkauf

der in der Saison verbliebenen Bestände zu sehr erheblich herabgesetzten Preisen. Das nachstehende Angebot hat **Mittwoch, den 15., Donnerstag, den 16., Freitag, den 17.,** und **Sonnabend, den 18.,** Gültigkeit und ist freibleibend; weitere Ausverkaufs-Angebote vorbehalten.

Jackett-Anzüge in guten Qualitäten und bester Verarbeitung.
früher M. 1200 900 790 650 375
jetzt M. 875 750 650 450 225

Sport-Anzüge aus Lodenstoff, gemustertem Cheviot, Homespun und Manchester
jetzt M. 800 650 450 400

Sommer-Paletots aus marengo Cheviot oder Covercoat.
früher M 950 750 600
jetzt M. 750 600 450

Schlüpfer und Raglans zur Reise, aus Homespun und gemustertem Cheviot
früher M. 900 800 700
jetzt M. 750 650 550

Bozener Mäntel aus Strichloden, in praktischen Farben . . . . früher M. 350 300
jetzt M. 250 190

Pelerinen für Herren und Damen
früher M. 400 325 275
jetzt M. 275 225 180

Gummi-Mäntel in vielen guten Qualitäten und Fassons früher M. 850 650 550 475 375
jetzt M. 650 575 450 375 290

Winter-Ulster
früher M. 1100 700 600 550 250
jetzt M 800 425 350 285 90 66

Jacketts und Westen, marengo, nur noch in einzelnen Größen vorrätig . . . M. 250

Stoff-Litewken, grau und feldgrau, halb gefüttert, sehr kleidsam . . . . M. 42 39

Moleskin-Joppen, Sportfassen, in grünlich grauer Erdfarbe . . . . . M. 80

Khaki-Anzüge, bestehend aus Jacke und Hose . . . . . M. 120

Segeltuch-Pelerinen, imprägn., grauewetterfeste Ware, je nach Länge M. 100 95 90

Winter-Joppen mit schwerem Futter M. 145

Kittel und Arbeitsanzüge aus Faserstoff in blauer Farbe . . . . . M. 18

Herren-Anzugstoff, 140 cm breite gute Qual. zu Engrospreisen, das Meter von M. 25 an

Knaben-Anzüge in Blusen-, Schlüpfer- und anderen Formen, aus vorzüglichen Wollstoffen
früher M. 350 250 190 120 110
jetzt M. 235 160 110 80 60

Burschen-Anzüge, Sport- und Jackettform
früher M 450 400 335 320 220
jetzt M. 300 270 220 195 140

Jünglings-Anzüge in grosser Auswahl
jetzt nur M. 500 450 400 370 300 270

Bozener Mäntel für Knaben und Mädchen von . . . . . M. 110 an

Loden-Pelerinen für Knaben und Mädchen von . . . . . M. 70 an

Marine-Sweater, blau, für Jünglinge, in hervorragender Beschaffenheit, von M. 17 an

Joppen und **Hosen** für Jünglinge zusammen . . . . . M. 83

Knaben-Ulster von . . . . . M. 15 an

Jünglings-Ulster, anfangend mit . . M. 160

Hosen, gestreift, größtenteils unter Herstellungspreis
früher M. 300 225 175 125 90 75
jetzt M. 200 170 120 90 55 44

Militär-Hosen, feldgrau, Kommißtuch . . . . . M. 108 95

Weisse Hosen, lang, zum Turnen und Sport von . . . . . M. 65 an

Sport-Hosen aus gutem Stoff, Breechesform von . . . . . M. 140 an

Sport-Hosen aus vorzüglichem Manchester, Breeches, von . . . . . M. 175 an

Jünglings-Hosen aus gestreiftem Buckskin von . . . . . M. 42 an

Knaben-Hosen in vielen Qualitäten und Fassons, anfangend mit . . . . . M. 28.50

Nur Friedrichstr. 29/30 — Nur Friedrichstr. 29/30

Lewin Sohn

Hosenfabrik Spez. Arbeitse u. Militärhosen. Preise von 50.— M. an. Auch Damenröcke sehr billig zu haben.

Denn, Münzstr. 8.

Geld für jede Warnsache. Höchste Ankaufspreise für Pfandscheine, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Bücher usw. **Wolff, Friedrichstr. 41,** III. Ecke Kochstraße.

Zeißfeldstecher 6- und 8fach, kauft ständig **M. Steckelmann, Berlin W 9, Potsdamer Str. 135** (Nähe Nollendorfplatz).

Wanderkarten für alle Gegenden erhält man in der **Buchhandlung „Freiheit"** Breite Straße 8—9.

Glühlampen Halbwattlampen und sämtl. Elektro-Install.-Material kauft **Schröder, Bernauer Str. 101** Fabrikgeb. III.

Cairo Bilder und Studien mit zehn farbigen Kunstdrucken (Format 33×45 cm) u. vielen farbigen Textbildern auf feinstem Kunstdruckpapier in blauem Moiré-Einband mit Goldprägung. Ein Prachtwerk 80 Mark. **Buchhandlg. „Freiheit"** Berlin C 2 Breite Straße 8—9

Leistungsfähige **Parlamentsstenotypistin** möglichst russisch deutsch beherrschend, nach auswärts sofort gesucht. Vorstellung 1—3. Maassenstraße 9.

Werkzeugm. od. Schlosser Arbeits- u. Wohnungstausch Welcher Berliner Kollege tauscht sof. Arbeitsstelle nach Duisburg-Land mit Einverständnis d. Fa. u. Arbeiter. Verdienst 450 b. 525 Mk. p. Woche. Einfamilienhaus mit Stall u. Land. Off. u. Fr. 80 befördert die Expedition dieser Ztg., Berlin C, Breite Str. 8-9

Spez.-Beh. nur für **Ischias** in Hüft., Gesäß u. Bein. Da schm. Fälle in 15 Tagen befeit. u., hierüber unanfechb. Heilerf. beseh. u. Referenzen. Invalidenstr. 108, von 9—3. **Jacoby**

Wir demonstrieren!

5 Lieder für Massengesang

50 Pfennig

Organisationen und Händlern hoher Rabatt

Buchhandlung „Freiheit" Berlin C 2, Breite Straße 8-9

Kriegsanleihe wird zu 84% in Zahlung genommen!

Großer Saison-Ausverkauf!

Strickjacken	von 40.—	bis 275.—
Kostüme	von 165.—	bis 775.—
Tuchmäntel	von 370.—	bis 715.—
Waschkleider	von 52.—	bis 298.—
Impr. Mäntel	von 125.—	bis 380.—
Reise-Ulster	von 73.—	bis 450.—
Röcke	von 44.—	bis 235.—
Tuchcapes	von 560.—	bis 930.—
Gummimäntel für Damen	285.—	bis 530.—
Gummimäntel für Herren	310.—	bis 825.—
Impr. Seidenmäntel	248.—	bis 570.—
Alpakkamäntel		190.—

Während des Ausverkaufs!!

Pelzmäntel 2500, 3500, 4500, 5200; Plüschmäntel 550—1075; Astrachanmäntel 275—550

Westmann

1. Geschäft: Berlin W 8, Mohrenstrasse 37a — 2. Geschäft: Berlin NO, Gr. Frankfurter Str. 115

Sie müssen

um gut und billig zu kaufen, Ihren Bedarf an Schuhen und Stiefeln bei uns decken!

Beachten Sie unsere Preise!

Damen braun echt Chevreau Schnür- und Spangenschuhe	erstklassige Ausführung	125.00
Damen braun echt Chevreau oder Boxcalf-Hochschaftstiefel	chicke Form	188.00
Damen schwarz echt Chevreau Schnür- und Spangenschuhe	Ia Ausführung	88.00
Damen Lack-, Schnür- und Spangenschuhe	mit und ohne Pompadonrabätze von	138.00
Herren braun Rindbox-Stiefel	helle und dunkle Farben, mod. Form	185.00

Schuh-Engros-Lager Kaatz

Münzstraße 10, I. Etage

Kein Laden! Kein Laden!

Jeder Käufer erhält 1 Paar prima Gummiabsätze vollständig kostenlos und Fahrgeld vergütet.

Genossen werbt für die „Freiheit"!

Groß-Berlin

Der belagerte Tempel

Ein kurzer Berliner Filmstreifen.

Verzeiht! Es ist ein groß Ergötzen,
Sich in den Geist der Zeiten zu versetzen,
Zu schaun, wie vor uns ein weiser Mann gedacht,
Und wir's dann zuletzt so herrlich weit gebracht.
Goethe „Faust“.

Laut und eindringlich rufen die Glocken vom Turm der .... Kirche. Es ist Werktag. Am Hauptportal der Kirche stehen einige hundert Menschen. Die Mehrzahl der Anwesenden gehören dem schwachen Geschlecht an. Gespannt und aufgeregt, scheinen sie etwas Besonderes zu erwarten. Die Mehrzahl der Frauen und Mädchen macht den Eindruck, als wenn sie bereits längere Zeit mit ihren Handtaschen, Kinderwagen und auf den Armen sitzenden „Kleinkindern“ auf besondere, bald eintretende Ereignisse eingestellt wäre. Religiöse Gespräche werden von ihnen nicht geführt; Gebete auch nicht gemurmelt. Jedenfalls ist etwas außergewöhnliches im Anzuge; also, — bleibe ich auch ein wenig stehen. Eben sind die letzten Glockentöne verklungen, da wird die wartende Menge von einer scheinbar unsichtbaren Hand geteilt. Wenige Minuten später bildet die „Masse“ einen großen Kreis um einen — mit Kutscher und befracktem Diener besetzten Hochzeitswagen. Ah—h—h —haaa! brausen die nur Menschen seienden eigenen Bewunderungslaute der „anwesenden“ Interessenten dem stolz dahinschreitenden Brautpaar nach. Nur wenige Sekunden währt die Bewunderung der Brautgarderobe und schon setzt die Kritik der „reifen“, wissenden, weiblichen Elemente ein. Einigen scheint nicht die „Robe“ der Braut sondern die „Braut ohne Robe“ zu interessieren. Neben mir wird laut geflüstert: Sie, Frau Krause hab'n Se jesehn. Na wissen Se, ick bin ja platt. N'n Kranz hat se sich noch noch ufjesetzt. — Wat sagen Se Frau Pilike — is det möglich? — vor zwee Monat ers —? Na det is doch allerhand. Ach Jott jehn Se bloß — — — — Inzwischen ist bereits die dritte Kutsche entladen worden. Zwei „gut gekleidete und genährte Damen, finden die Garderobe und Haarfrisur zweier „eben ausgeladener Damen“ geschmacklos. Zwei — dem sechsten Wagen entsteigende — Backfische finden den ungeteilten Beifall der Menge.

Geduldig harrt die Menge aus; es lohnt sich — etwa 30 Wagen sind bereits entleert worden. Nur eine „pflichtbewußte“ Hausfrau trennt sich von dem Haufen mit der Bemerkung: Nu muß ick aber draben, wenn der Olle kommt, macht er Krach, wenn't Mittach nich uffn Disch steht. Eine jüngere Dame verläßt plötzlich die „Gemeinschaft“ mit ihrem Kinderwagen, um ihn einige Meter weiter „auszuwischen“, gleichzeitig das Baby abzutrocknen.

Plötzlich gibt es eine neue „Aufregung“. Ein vorübergehender Tischlergeselle erlaubt sich — die zu Reparaturzwecken abgeholten alten Stühle einigen älteren Damen zum Sitzen anzubieten. Der höfliche Holzarbeiter erntet keinen Dank. Frecher Mensch — ungebildeter Arbeiter, unerhörte Belästigung. Ochse dämliger! schwirrt es im Haufen der Menge durcheinander. Unter freundlichen Grüßen tritt der Mann den Rückzug an; ich folge dem Spaßvogel. Unvergeßlich bleibt mir noch der eine Satz, der uns nachgeschleudert wurde: Warum werden wir Christen nicht von der Polizei gegen solche „Belästigungen“ geschützt. Die Roten machen doch sonst einen Bogen um unsere Kirchen.

Erweiterung der Volksfürsorge

In der Anfang Juni abgehaltenen Generalversammlung der Volksfürsorge, gewerkschaftlich-genossenschaftlicher Versicherungs-Aktiengesellschaft, wurde beschlossen: Den Geschäftsbetrieb auf alle Arten Lebensversicherungen auszudehnen. Dazu berichtet der Geschäftsführer Lesche, daß schon seit Jahren von vielen Seiten der Wunsch geäußert wurde, den Betrieb auf die sogenannte Großlebensversicherung auszudehnen. Bei der enormen Geldentwertung genügt einem großen Teil der minderbemittelten Bevölkerung eine Versicherungssumme von 5000 M. (die höchstzulässige in der Volksversicherung) nicht mehr. Die bisherige Entwicklung der Volksfürsorge bietet die beste Garantie, so daß der Geschäftserweiterung keine Bedenken entgegenstehen. Versicherungen werden demnach nach Tarif O von 5000 bis 20 000 M. ohne ärztliche Untersuchung und nach Tarif M von 5000 M. an mit ärztlicher Untersuchung abgeschlossen werden können. Für die nach Tarif O Versicherten besteht eine Karenzzeit von 2 Jahren, jedoch soll beim Tode durch Unfall sofort die volle Versicherungssumme und bei einem Ableben des Versicherten im zweiten Versicherungsjahre die Hälfte, mindestens aber 5000 M., zur Auszahlung gelangen. Die Prämien werden nicht, wie bei der Volksversicherung, kassiert, sondern sollen von den Versicherten direkt an das Hauptbureau eingesandt werden. Die Prämien sind für ein Jahr zu entrichten, doch kann auch halb- oder vierteljährliche Zahlung, gegen Vergütung der Mehrkosten, gewährt werden.

Die beschlossene Geschäftserweiterung wird, nachdem das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung die Genehmigung erteilt hat und die gerichtliche Eintragung erwirkt ist, der Volksfürsorge eine weitgehende Entwicklungsmöglichkeit eröffnen.

Warenverteilungsstelle der Gewerkschaften

Die Warenverteilung ist ein gemeinnütziges Unternehmen, geschaffen von sämtlichen Spitzenorganisationen unter Beteiligung des Reichs, zu dem Zweck, der organisierten Arbeitnehmerschaft zu nützen. Einmal, sie mit preiswerter und in Qualität tadelloser Ware zu versorgen und andererseits durch Steigerung des Umsatzes Arbeit für die Arbeiter und Arbeiterinnen des Bekleidungs- und Textilgewerbes zu schaffen. Sie ist damit gleichermaßen ein Stück produktiver Erwerbslosenfürsorge, für die denn auch das Reich einen Kredit von 25 Millionen zur Verfügung gestellt hat.

Die Warenverteilung ist kein Privatunternehmen. Die Zentrale untersteht der Kontrolle eines Aufsichtsrats, in dem auch fünf Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes vertreten sind. Die Berliner Verteilungsstellen unterstehen der Aufsicht der Gewerkschaftskommission.

Der Umsatz, der bis jetzt schon erzielt worden ist, beweist, daß mit dieser Einrichtung etwas Nützliches geschaffen wurde. Sie kann weiter ausgebaut werden, wenn ihr das Vertrauen auch in Zukunft erhalten bleibt. Wir bitten, sich in diesem Vertrauen auch dann nicht beirren zu lassen, wenn sich einmal Mängel einstellen sollten. Sofern uns Mängel, gleichviel welcher Art, nachgewiesen werden, sollen sie abgestellt werden, was aber nur möglich ist, wenn sie zu unserer Kenntnis gelangen.

Verteilungsstellen sind bis jetzt folgende eingerichtet: Zimmerstraße 68 (Verkaufszeit von 9 bis 7 Uhr abends), Sebastianstraße 37/38 (Verkaufszeit von 9 bis 6 Uhr abends), Engelufer 21 (Transportarbeiter-Verband) (Verkaufszeit von 9 bis 6 Uhr abends), Charitéstraße 3 (A. E. G.-Konsum-Verein), Reichsdruckerei, Oranienstraße 91 (nur für Arbeiter des Betriebes), Chemische Industrie auf Aktien J. Schering, Müllerstraße 170/71 (nur für Arbeiter des Betriebes), Schneiderei-Genossenschaft „Hoffnung“, Berlin N., Brunnenstr. 185, Karlshorst (Waldsiedelung), Hegemeisterweg 54, Tempelhof, Richard Klinger (nur für Arbeiter des Betriebes), Gaswerk, Gitschiner Straße (nur für Arbeiter der Gaswerke), Schönhauser Allee 173, (Eingang Ecke Schwedter Straße), Kommeniusplatz 4, Wildau, Maschinenfabrik Schwartzkopff (nur für Arbeiter des Betriebes), Friedenau, Optische Fabrik von Goertz (nur für Arbeiter des Betriebes), Johannisthal, Ambiwerke (nur für Arbeiter des Betirebes).

Der Verkauf erfolgt nur an Gewerkschaftsmitglieder, wenn sie sich durch Mitgliedsbuch legitimieren. Weitere Verteilungsstellen werden in den nächsten Tagen eingerichtet. Die Genossen und Genossinnen, welche die Verteilungsstelle in der Zimmerstraße benutzen, bitten wir, sich möglichst so einzurichten, daß sie bis 6 Uhr abends ihren Bedarf decken.

Der Ausschuß der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend.

Eine sonderbare Belohnung

Schüler der Fortbildungsschule in der Warschauer Straße erhielten Montag vormittag als Belohnung für das schnelle Lösen von Rechenaufgaben von ihrem Lehrer einen Bildstreifen. Die Bilder haben die Größe von Briefmarken und tragen den Aufdruck: Kriegshilfe der Berliner Fach- und Fortbildungsschulen. Auf diesen Bildstreifen sind abgebildet v. Beseler, Hipper, v. Hindenburg, Scheer, v. Schröder. Den Schülern wurde bei der Uebergabe gesagt, sie sollten diese Bilder gut aufbewahren, denn die würden später mal einen großen Wert bekommen.

Es gibt ja Sonderlinge, die allerhand Bilder sammeln, auch solche von Verbrechern und ähnlichen Elementen. Aber diese Bilder haben gewöhnlich keinen großen Wert, höchstens für Besitzer gewisser Schreckenskammern, die manchmal auf Rummelplätzen gezeigt werden. Der Lehrer hat die Bilder wahrscheinlich nicht zu diesem Zweck gesammelt, sondern wird, als Verherrlicher des „Stahlbades“, diese irgendeinem Makulaturballen entnommen haben. Er hätte sie zweckmäßiger dort liegen lassen sollen, dann hätten sie vielleicht einmal nach dem Einstampfen einen guten Zweck erfüllen können. Klosettpapier ist jetzt gewöhnlich sehr teuer und knapp. Da er aber diese Makulatur während des Unterrichts ausgegeben hat, muß seine vorgesetzte Stelle ihm klar machen, daß uns die Fortbildungsschüler zu gut für solche Scherze sind. Ein Lehrer, der solche Entgleisungen begeht, ist für den Unterricht an Fortbildungsschulen völlig ungeeignet. Er muß sich gewärtig sein, daß ihm die Schüler derartige Belohnungen vor die Füße werfen. Die Fortbildungsschüler haben es nicht nötig, sich von irgendwelchen Nationalisten provozieren zu lassen. Es ist darum Aufgabe der Schuldeputation, die Angelegenheit zu untersuchen und dem Lehrer den Wirkungskreis für solchen Unfug nehmen.

Der Verfall der Parkanlagen

Der Gesamtbetriebsrat der städt. Parkverwaltung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter und der Verband der Gärtner- und Gärtnereiarbeiter hatte die Bürgerschaft zu Montag, in 4 Sälen, zu Protestversammlungen eingeladen. Die zahlreich erschienenen Bürger folgten mit sichtlichem Interesse den sachlichen Ausführungen der 4 Referenten. In der Aussprache wurden die Maßnahmen des Berliner Magistrats betr. der enormen Kürzung des Etats für die Parkverwaltung verurteilt. In allen Versammlungen wurde einstimmig eine Protestresolution angenommen, gegen die vom Magistrat beabsichtigte Etatsabstreichung auf 2/3 der von der Parkverwaltung unter äußerster Sparsamkeit berechneten Summe.

Zugleich wurde folgender Antrag eingereicht und angenommen: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, daß die endgültige Entscheidung über diese Position vorläufig ausgesetzt wird, und zwar so lange, bis der Arbeiter-Ausschuß und die unterzeichneten Organisationen einen Plan zwecks produktiver Bewirtschaftung vorgelegt haben. Die Stadtverordnetenversammlung wolle umgehend den Schlußtag für Vorlage dieser Vorschläge bekanntgeben.“

Vampyre des Berliner Nachtlebens

Die Schwurgerichtsverhandlung wegen der Ermordung des Rittergutsbesitzers Otto, die gestern begann, führte in das gefährliche Treiben des lichtscheuen Gesindels, das nächtlicherweise in den Straßen Berlins auf ihre Opfer lauert. In dieses Milieu fällt auch die Bluttat, die in der Nacht zum 11. Februar 1920 im Tiergarten beim sogenannten Schneckenberg an der Lennéstraße, dem nach Berlin gekommenen Rittergutsbesitzer Otto das Leben gekostet hat. Otto wurde an der genannten Stelle erschossen vorgefunden. Als Täter bzw. Beteiligte an der Tötung wurden schließlich der Schlosser Martin Raschke und der Kellner Johannes Gadow festgenommen, jedoch konnte gestern nur gegen Raschke verhandelt werden, da Gadow, der den Spitznamen „Boxer-Hans“ führt, den sogenannten Gefängnis-Knall erlitten hat und sich zurzeit in Dalldorf befindet. Otto war am 9. Februar mit mehreren Gutsbesitzern nach Berlin gekommen. Am Abend des 10. 2. befand sich Otto mit mehreren Freunden in verschiedenen Lokalen zusammen und hatte sich gegen 1 Uhr nachts von ihnen getrennt. Dann ist er wohl einem Mädchen in die Hände gefallen, die ihn nach dem Nachtlokal „Stolzenfels“ in der Mohrenstraße verschleppte, wo sich auch die beiden Angeklagten befanden. Nach dem Genuß einer Flasche Sekt bezahlte er die Zeche, gab dem Mädchen 50 M. Trinkgeld und entfernte sich dann mit Gadow, an dem er Gefallen gefunden hatte und mit dem er noch allein weiterkneipen wollte. Beim Verlassen des Lokals soll Raschke dem Gadow seinen Revolver in die Hand gedrückt haben und den beiden, die sich in eine Droschke gesetzt hatten, in einer anderen Droschke kreuz und quer gefolgt sein. Die Fahrt ging zum Tiergarten, wo die Droschke verlassen wurde. Gadow und Otto gingen zu Fuß weiter, wo sie vom Tiergartenwächter Winzer gesehen wurden. Winzer hörte bald darauf vom Schneckenberg, der der Sammelpunkt gewisser unsauberer Elemente ist, einen Schuß und hat gegen Morgen den Otto tot aufgefunden. Die Angeklagten behaupteten, Gadow sei mit Otto wegen der Bezahlung der Fahrt in Streiterei geraten und bei dem entstandenen Handgemenge sei die Schußwaffe aus Versehen losgegangen. Gestern bestritt Raschke mit großer Bestimmtheit jede Beteiligung an der Tat und erklärte die gegenteiligen Bekundungen des Gadow für durchaus unglaubwürdig. Rechtsanwalt Dr. Nübell vermißt auch jeden Beweis für eine solche Beteiligung. Für die Verhandlung sind zwei Tage angesetzt. Das Ergebnis werden wir mitteilen.

Das Martyrium einer Mutter. In der Frankfurter Allee wohnt die 53jährige Witwe Apollonia H., deren 23 Jahre alter Sohn Walter ihr seit langer Zeit schwere Sorgen bereitet. Vor einigen Tagen stahl der mißratene junge Mann seiner Mutter

Nantas

Erzählung von Emile Zola.

(Uebersetzt von Hans Jacob)

Das Zimmer, das Nantas seit seiner Ankunft aus Marseille bewohnte, lag im obersten Stock eines Hauses in der Lille Straße, das dem Staatsrate Baron Danvilliers gehörte, dessen prachtvolles Palais dicht daneben stand. Wenn Nantas sich hinausbog, konnte er einen von herrlichen Bäumen beschatteten Winkel des Palaisgartens sehen. Ueber die grünen Wipfel hinweg hatte man einen Ausblick auf Paris. Man sah die Seine, die Tuilerien, den Louvre, die lange Reihe der Quais, ein ganzes Meer von Dächern und in der Ferne verschwommen den Père Lachaise.

Es war eine enge Mansarde, mit einem in die Dachschiefer geschnittenen Fenster. Nantas hatte es mit einem Bett, einem Tisch und einem Stuhl möbliert. Er hatte die Kammer genommen, weil sie billig war und er sparen wollte, solange er noch keine Stelle hatte. Die fleckige Tapete, die geschwärzte Decke, die Aermlichkeit und Kahlheit des Zimmers, in dem kein Ofen stand, störten ihn nicht. Seitdem er im Bannkreis des Louvre und der Tuilerien einschlief, kam er sich wie ein General vor, der dicht vor der gewaltigen, reichen Stadt, die er am nächsten Morgen im Sturm nehmen wird, in irgendeiner elenden Herberge übernachtet.

Nantas Geschichte war kurz. Er war der Sohn eines Maurers in Marseille und hatte dank der ehrgeizigen Liebe seiner Mutter, die aus ihm einen Herrn machen wollte, seine Studien im dortigen Lyzeum beginnen können. Seine Eltern hatten gedarbt, damit er's bis zur Universität bringe. Als dann die Mutter starb, mußte er bei einem kleinen Kaufmann in die Lehre treten und führte zwölf Jahre ein Leben, dessen Eintönigkeit ihn zur Verzweiflung brachte. Zwanzigmal wäre er davongelaufen, hätte ihn nicht die Sohnespflicht bei seinem Vater zurückgehalten, der eines schönen Tages vom Gerüst gefallen und zum Krüppel geworden war. Von da an mußte er für alles sorgen. Als er aber eines Abends heimkam, fand er den alten Maurer tot und neben ihm seine Pfeife, in der noch Glut war. Drei Tage später verkaufte er seine sieben Sachen und reiste mit zweihundert Franken in der Tasche nach Paris.

In Nantas lebte, als Erbteil seiner Mutter, ein hartnäckiger Ehrgeiz nach Reichtum. Er war rasch von Entschlüssen, voll kalter Willenskraft. In seiner frühesten Jugend schon hatte er behauptet, er wäre eine Kraft. Er wurde ausgelacht, wenn er im Eifer mitteilsam wurde und seinen Lieblingssatz: „Ich bin eine Kraft“ wiederholte; das klang auch sehr komisch, wenn man ihn dazu in seinem dünnen schäbigen Rock sah, dessen Nähte geplatzt waren und dessen Aermel ihm über die Finger fielen. Allmählich erhob er so die Kraft zu seiner Religion, er sah nichts als sie in der Welt und glaubte fest, daß die Starken trotz allem die Sieger blieben. Nach ihm genügten Wollen und Können. Alles andere war Nebensache.

Wenn er Sonntags ganz allein die sonnenverbrannte Umgebung von Marseille durchstreifte, fühlte er schöpferische Kraft in sich, in der tiefsten Tiefe seines Innern stieß ihn irgend etwas vorwärts; und er ging heim, aß mit seinem gelähmten Vater eine Schüssel Kartoffeln und sagte sich, daß er ganz sicher einst reich sein werde, in derselben Gesellschaft, in der er heute mit seinen dreißig Jahren noch nichts bedeutete. Nicht niedriger Neid lebte in ihm, kein Hunger nach alltäglichen Genüssen, sondern die sehr klare Empfindung eines Verstandes und eines Willens, die nicht an ihrem Platze waren und die logischerweise erwarten mußten, endlich doch an ihren Platz zu gelangen.

Als Nantas das Pariser Pflaster betrat, meinte er, er brauche nur die Hände auszustrecken, um eine Stellung zu erlangen, die seiner würdig wäre. Gleich am ersten Tage begab er sich auf die Suche. Er gab seine Empfehlungsschreiben ab; klopfte außerdem bei einigen Landsleuten an und bat um ihre Unterstützung. Aber nach einem Monat hatte er noch nichts gefunden: Der Augenblick sei ungünstig, sagte man ihm, an anderer Stelle machte man ihm Versprechungen, die nicht gehalten wurden. Dabei schmolz sein Geld zusammen, er hatte nur noch zwanzig Franken. Mit diesen zwanzig Franken kam er noch einen Monat aus, er aß nur Brot, suchte dabei Paris vom Morgen bis zum Abend ab und ging abends halbtot vor Müdigkeit ohne Licht zu Bett. Er verzweifelte nicht, aber ein dunkler Groll stieg in ihm auf. Das Schicksal erschien ihm unlogisch und ungerecht.

Eines Abends kehrte Nantas nüchtern heim. Am Abend vorher hatte er sein letztes Stück Brot verzehrt. Kein Geld und kein Freund, der ihm zwanzig Sous hätte leihen können! Den ganzen Tag hatte es geregnet, einer jener grauen kalten Pariser Regen. Ein Strom von Schmutz floß durch die Straßen. Naß bis auf die Knochen war Nantas nach Bercy und dann nach dem Montmartre gegangen, wo Stellen ausgeschrieben waren: aber die in Bercy war schon besetzt, und auf dem Monmartre wurde seine Handschrift nicht schön genug gefunden. Das waren seine beiden letzten Hoffnungen gewesen. Er hätte alles angenommen, mit der festen Zuversicht, daß er bei der ersten Gelegenheit sein Glück schon machen würde. Nur Brot wollte er, nur etwas, wovon er in Paris leben könnte, nur erst einmal Fuß fassen, um dann Stein auf Stein zu türmen. Ganz langsam und bitteren Herzens kehrte er von Montmartre in die Lille Straße zurück. Der Regen hatte aufgehört, eine geschäftige Menge drängte sich auf dem Bürgersteig. Vor dem Laden eines Geldwechslers blieb er einen Augenblick stehen. Fünf Franken hätten vielleicht genügt, ihn zum künftigen Herrn dieser Welt zu machen, von fünf Franken kann man acht Tage leben, und in acht Tagen kann viel geschehen. Als er so philosophierte, bespritzte ihn ein Wagen mit Kot. Er mußte sich die Stirn abwischen, die ein Schmutzklumpen getroffen hatte. Da ging er rascher und knirschte mit den Zähnen; am liebsten hätte er die Menge, die die Straßen füllte, mit Faustschlägen auseinandergetrieben. Das hätte ihn an der Dummheit des Schicksals gerächt. In der Richelieustraße hätte ihn beinahe ein Omnibus überfahren. Mitten auf dem Karusselplatz warf er einen neidischen Blick auf die Tuilerien. Auf der Brücke St. Pères brachte ihn ein gutgekleidetes kleines Mädchen vom Wege ab, den er mit der Ausdauer eines meutegehetzten Ebers verfolgte; dieser Umweg erschien ihm eine tiefe Demütigung, sogar die Kinder stellten sich ihm entgegen. Als er sich endlich wie ein Tier, das im Bau sterben will, in sein Zimmer geflüchtet hatte, fiel er schwer in seinen Stuhl und sah auf seine beschmutzten Hosen und seine schiefgetretenen Schuhe nieder, von denen ganze Bäche auf den Fußboden rieselten.

Jetzt war alles aus. Nantas fragte sich, wie er sich töten solle. Sein Stolz blieb aufrecht, er meinte, sein Selbstmord werde Paris strafen. Eine Kraft zu sein, Allgewalt in sich zu fühlen und niemand zu finden, der das erkennt, der einem die ersten so notwendigen Taler gibt. Haarsträubend dumm erschien ihm dies, sein ganzes Wesen wurde Zorn. Dann ergriff ihn ein unendliches Bedauern, als er auf seine nutzlosen Arme sah. Keine Aufgabe erschreckte ihn, mit der Spitze seines kleinen Fingers könnte er die Welt aus den Angeln heben; und zur Untätigkeit verdammt saß er, sich vor Wut verzehrend, in seinem Winkel, ein Löwe im Käfig. Bald aber wurde er wieder ruhig, der Tod erschien ihm größer. Als er noch ein Kind gewesen war, hatte man ihm von einem Erfinder erzählt, der eine wundervolle Maschine konstruiert hatte und sie mit seinem Hammer in Stücke schlug, weil die Menge verständnislos blieb. Jawohl, er war dieser Mann, er trug eine neue Kraft in sich, einen seltenen Mechanismus von Verstand und Willen, und diese Kraft wollte er zerstören, sein Hirn sollte auf dem Straßenpflaster auseinanderspritzen.

(Fortsetzung folgt.)

mehrere Kleidungsstücke und verkaufte sie, um sich Geld für seinen ausschweifenden Lebenswandel zu verschaffen. Nun war die Geduld der unglücklichen Frau H. zu Ende; sie wies den ungeratenen Burschen aus ihrer Wohnung und verweigerte ihm ein für allemal den Zutritt. Nachdem er kürzlich eine Glasscheibe in der Korridortür der mütterlichen Wohnung zertrümmert hatte, erschien er gestern morgen abermals vor der mütterlichen Wohnung und verlangte unter Drohungen die Oeffnung der Tür. In ihrer Angst griff Frau H. zum Revolver und feuerte durch das Guckloch einen Schuß ab, um ihren Sohn vor der angedrohten Gewalttat zurückzuschrecken. Die Kugel traf Walter H. im Gesicht am rechten Backenknochen und verletzte ihn so schwer, daß er nach dem Lichtenberger Krankenhause in der Hubertusstraße gebracht werden mußte.

Blüthner-Orchester. Das nächste Städt. Volkskonzert des Orchesters am Donnerstag, den 16., abends 8 Uhr, in den Germania-Prachtsälen ist ein Richard-Wagner-Abend.

Badezeiten in der Volksbadeanstalt Oderberger Straße. Montag bis Donnerstag täglich von 10 bis 5 Uhr. Freitag und Sonnabend von 12 bis 7 Uhr.

Schulspeisung in Neukölln. Die Speisung Neuköllner Schulkinder während der Unterrichtspausen ist jetzt an allen Lehranstalten einschließlich der höheren Schulen einheitlich durchgeführt und erstreckt sich mit Ausschluß der Schulferien über das ganze Jahr. Im allgemeinen, vornehmlich an den Volksschulen, erfreut sich die Einrichtung bei dem überaus niedrigen Verpflegungssatz von nur 0,50 M. für die Woche großer Beliebtheit. An der Speisung beteiligen sich durchschnittlich im Monat 10 000 Kinder, von denen etwa 3500 besonders bedürftigen das warme Frühstück unentgeltlich verabfolgt wird.

„Adlige Ehen". Ein großangelegter Heirats- und Adoptionsschwindel, der von Berlin nach Leipzig hinüberspielt, ist jetzt durch die Verhaftung einiger der Betrüger aufgedeckt worden. Es handelt sich um die Vermittlung von adligen Ehen, die später dann nach vorhergegangener Uebereinkunft geschieden werden sollten. Mit Hilfe vorgeschobener Personen und gefälschter Dokumente wurden eine große Anzahl von Ehen gegen hohe Bezahlung rechtswidrig von den Betrügern geschlossen und auch geschieden. In ähnlicher Weise blühte das Geschäft mit Adoptionen. Die Hauptbeteiligten an den einträglichen Betrügereien, der Rechtskonsulent Ewald v. Häusler, der Darlehensvermittler Paul Danziger, der frühere Apotheker Wolff und die frühere Malerin und Heiratsvermittlerin Anna v. Hohendorf geborene Puda, sind bereits in Haft genommen.

Für 100 000 Mark Platin gestohlen. Ein großer Platindiebstahl ist in Bitterfeld verübt worden. Einer dortigen großen Firma wurden aus der Fabrik sechs kleine Platinschalen gestohlen, die 100 000 Mark wert sind. Man vermutet, daß die unbekannten Diebe versuchen werden, ihre Beute in Berlin zu Geld zu machen. Auf die Wiederbeschaffung des gestohlenen Gutes ist eine hohe Belohnung ausgesetzt. Mitteilungen werden im Zimmer 196 des Berliner Polizeipräsidiums entgegengenommen.

Gewerkschaftliches

Unverschämtheiten eines Unternehmers

Die Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale schreibt uns:

Neuerdings häufen sich die Fälle, daß gerissene Geschäftsleute an die Betriebsräte herantreten, um sie für den Verkauf von Lebensmitteln, Theaterbilletts Kleidungsstücken usw. zu interessieren. In ganz richtiger Einschätzung derartiger Angebote lehnen die Betriebsräte es ab, derartige Geschäfte zu machen. Den Gipfel der Unverschämtheit hat eine Strumpffabrik Josef Döring, Beberstedt (Eichsf.) mit einem Schreiben an die Betriebsräte erreicht, das — an den „Hochwohllöblichen Betriebsrat" adressiert — folgende Stellen enthält:

„. . . . . In den größten Betrieben Deutschlands habe ich Vertreter, und haben dieselben durchschnittlich einen Nebenverdienst ohne jegliche Mühe von 300—800 M. pro Monat. Das Geld liegt auf der Straße, man muß es nur verstehen, aufzuheben. . . . . ."

„. . . . . Sollten Sie gut einschlagen, so bin ich nicht abgeneigt, Ihnen später, wenn Ihre Geschäftstüchtigkeit erprobt ist, Ihnen ein perfektes Geschäft in Kommission einzurichten. Sie haben dadurch eine gute Zukunft vor Augen, und liegt es ganz an Ihnen, ob Sie dem Glück die Hand bieten wollen oder nicht. . . . . ."

Der Betriebsrat einer Berliner Firma hat der Firma folgende treffende Antwort erteilt:

„Im Besitze Ihres Schreibens vom 11. 6. teilen wir Ihnen mit, daß wir das von Ihnen gemachte Angebot entschieden ablehnen und mit aller Energie zurückweisen.

Wir sind der Auffassung, daß die Tätigkeit der Betriebsräte auf anderem Gebiete liegt, und können daher auch nicht glauben, daß Sie in den größten Betrieben Deutschlands Ihre Vertreter aus den Reihen der Betriebsräte für Ihre Fabrikate gewonnen haben sollten.

Sollte dieses aber doch der Fall sein, so würden wir es aufrichtig bedauern, da dieser Weg zur Korrumpierung der Betriebsräte führen und daher die ganze Institution in Mißkredit bringen muß.

Aus diesem Grunde verzichten wir mit aller Entschiedenheit auf die von Ihnen gebotenen Chancen."

Es muß von den Betriebsräten streng abgelehnt werden, gerissenen Geschäftsleuten die Möglichkeiten zu mühelos verdienten erheblichen Gewinnen durch Verkauf von allen möglichen Handelsartikeln zu verschaffen. Die Aufgaben eines Betriebsrates sind so mannigfaltig, daß er gar keine Zeit für Verkäufe haben kann. **Wir fordern von allen Betriebsräten, daß sie Angebote von Unternehmern, sich für den Absatz von Handelsartikeln einzusetzen, wie bisher, stets abweisen.**

Sozialisierung im Baugewerbe

Ueber die Sozialisierung im Baugewerbe oder kapitalistische Wirtschaft sprach am 9. Juni Stadtbaurat Dr. Wagner im „Dresdener Kasino" zu den Funktionären der Berliner Baugruppe. Einleitend erklärt Dr. Wagner, wenn er nicht früher vor die Versammlung getreten sei, so deshalb nicht, weil ihm der Mut dazu fehlte, solange die Vorbedingungen hierfür nicht gegeben waren. Dies sei jetzt der Fall, da bereits gegen 20 000 Bauarbeiter in „Sozialen Baubetrieben" beschäftigt seien. Somit sei er bereit, Rechenschaft abzulegen über das, was bisher getan wurde. Selbst wenn dem Unternehmen gegenwärtig noch so viel Mißtrauen entgegengebracht wird, so wird die Bauarbeiterschaft sich zu entscheiden haben, ob sie gewillt ist, die Bauwirtschaft weiter in Händen der Privatkapitalisten zu belassen, oder ob sie willens ist, sich in die Reihen der Pioniere zu stellen und durch die Tat am Sozialismus mitzuarbeiten. Die Frage der Sozialisierung ist durch Politiker allein nicht zu lösen; an ihr müssen Techniker und Ingenieure mitarbeiten. Die Lösung einer solchen Aufgabe bedarf der programmatischen Vorbereitung. Dieses Programm wird dann nur von Fachleuten, die aus den Betrieben kommen, gelöst werden. Die Gewerkschaften müssen zum Träger des Gedankens werden. Wenn sie diese Ziele im Auge behalten, dann werden die Sozialen Baubetriebe ein gewerkschaftliches Kampfmittel darstellen. Darum muß die gewerkschaftliche Taktik so eingestellt werden, daß sie gewinnbringend ist. Wenn dies in der Vorkriegszeit noch zum Teil durch Lohnkämpfe gelang, so ist das jetzt nicht mehr möglich, da die dauernde Steigerung der Kosten für den Lebensunterhalt die Lohnerhöhungen wieder auffressen. Die Arbeiterschaft vegetiert daher dauernd unter dem Existenzminimum.

Mit dem Sozialisieren der Baubetriebe muß naturnotwendig die Sozialisierung der übrigen Zweige der Bauwirtschaft und auch der Industrie erfolgen. Die Kommunalisierung der Baubetriebe kann nicht empfohlen werden, da sich die Bauwirtschaft an die engen Grenzen der Kommunen nicht binden kann. Auch die Baugenossenschaften sind hier nicht zu empfehlen, da es ihnen an Kapital und Autorität mangelt. Wenn die Gewerkschaften sich entschließen, die „Sozialen Bauhütten" zu finanzieren, so bedeutet jede weitere Betriebstätte eine Ausschaltung des Privatkapitals. Aussperrungen und Streiks werden dadurch in günstigem Sinne beeinflußt; die Kosten der Gewerkschaften dafür werden verringert. Von diesem Gesichtspunkt betrachtet, wird die Bauhütte ihre gestellte Aufgabe weiter erfüllen. An der Berliner Bauarbeiterschaft liegt es nun, sich in die Front der Unternehmer zu stellen oder die Aufgabe zu erkennen und praktisch für den Sozialismus mitzuwirken. Als Korreferent sprach nun der Kollege Bachmann, der sich allen Vorschlägen Wagners gegenüber ablehnend verhielt und auch als Gegner des Mitbestimmungsrechtes der Gewerkschaften in den Sozialen Baubetrieben auftrat, die auch in ihrer Tendenz kapitalistisch seien, und deshalb lehne B. sie ab.

Kaufmann von der Asa unterstützt die Ausführungen Wagners. Einige Diskussionsredner teilten Bachmanns Standpunkt. Wagner erklärt zum Schluß: Die Erkenntnis, daß das deutsche Wirtschaftsleben bankrott ist, reicht bis weit in die bürgerlichen Kreise hinein. Das Experiment, welches Bachmann empfiehlt, ist zu gewagt. Das Beispiel gebe uns Rußland. Darum kann der Berliner Bauarbeiterschaft die Gründung der Sozialen Baubetriebe nur empfohlen werden, an deren Gelingen nicht zu zweifeln ist.

Straßenbahner!

Zahlabendleiter und Stellvertreter, sowie Betriebsräte derjenigen Bahnhöfe, wo noch keine Zahlabende sind, am Donnerstag, den 16. Juni, abends 7 Uhr, in der Arbeiter-Bildungsschule, Breite Straße 8-9, **wichtige Zusammenkunft** zwecks Zusammenschlusses und Aufbaues der Organisation. Jeder Bahnhof muß vertreten sein. Parteiausweis legitimiert.

Bez.-Verb. Berlin-Brdbg. J. A.: A. Holz.

Angestellte des Möbelhandels. Der Zentralverband der Angestellten schreibt uns: Nach dem Ablauf des alten Tarifvertrages für den Möbelhandel scheiterte das Zustandekommen eines neuen Tarifvertrages für die Branche an der Verschleppungstaktik der Arbeitgeber. Wir haben deshalb anläßlich verschiedener Streitfälle mehrere obsiegende Urteile des Schlichtungsausschusses erzielt, die die jeweils beklagten Möbelfirmen verpflichten, ihre Angestellten nach dem für den Einzelhandel Groß-Berlin geltenden Tarifvertrag zu entlohnen. Bei einer letzthin stattgefundenen Verhandlung vor dem Demobilmachungs-Kommissar erschienen neben dem Vertreter der beklagten Firma drei Vorstandsmitglieder des Deutschen Möbel-Fachverbandes, welche vergeblich versuchten, dem Demobilmachungskommissar einzureden, daß der Möbelhandel nicht zum Einzelhandel gehört. Sie gaben daraufhin die Erklärung ab, daß der Deutsche Möbel-Fachverband bereit sei, bis zum 25. Juni einen neuen Tarifvertrag mit uns zu tätigen, wobei unsererseits betont wurde, daß die Gehaltssätze nur unter Zugrundelegung des Einzelhandelstarifes festgelegt werden können. Wir bitten unsere Kollegenschaft daher, dafür zu sorgen, daß die von uns geführte Bewegung von sämtlichen Angestellten des Möbelhandels unterstützt wird. Keine andere Organisation hat in der Zwischenzeit für die Angestellten des Möbelhandels auch nur einen Finger gerührt, sondern die Arbeit dem Zentralverband der Angestellten überlassen. Deswegen ist es notwendig, daß die Angestellten des Möbelhandels klar erkennen, daß nur der Zentralverband der Angestellten ihre Interessen vertritt.

Buchdrucker. „Die Opposition" Nr. 6 ist erschienen und gelangt heute abend ab 4 Uhr im Restaurant Baum, Stallschreiberstr. 47, zur Ausgabe. Des weiteren haben wir folgende Bezugsstellen eingerichtet: Westen: Paul Nicolai, Steinmetzstr. 58; Osten: Fandrich, Ebertystr. 29; Norden: Willy Baecker, Wildenowstraße 12; Neukölln: Albert Rose, Biebrichstr. 2. Pflicht aller Verbindungsleute ist es, für Abholung und weiteste Verbreitung Sorge zu tragen.

Verbandstag der Holzarbeiter

k. Hamburg, 11. Juni.

Wendler-Köln gab den Bericht der Beschwerdekommission. Ihr lagen 16 Fälle zur Prüfung vor. 15 bezogen sich auf Uebernahme von Streikunterstützung auf die Hauptkasse, einer auf die Ausschlüsse. Dem Kommissionsvorschlag auf Anerkennung der Beschwerden Königshütte und Hanau wurde stattgegeben, darüber hinaus wurden noch die Beschwerden Stralsund und Mannheim anerkannt. Ein Kommissionsantrag, einen der Zahlstelle Bamberg gegebenen Zuschuß in ein Darlehen zu verwandeln, wurde abgelehnt. Ein Unterstützungsantrag der Leipziger zur Herstellung des beim Kapp-Putsch zerstörten Bureaus wurde dem Vorstand zur wohlwollenden Berücksichtigung übergeben. Alle übrigen Beschwerden wurden abgewiesen. Mit 172 gegen 72 Stimmen wurden die drei Ausschlüsse eines Königsbergers, eines Leipzigers und eines Stuttgarter Mitgliedes bestätigt.

Zum Punkt „Gewerkschaftskongreß" wurde beschlossen, zu beantragen, daß in Zukunft anstatt auf alle 15 000 nur noch auf alle 20 000 Mitglieder ein Delegierter zum Gewerkschaftskongreß entsandt werden soll. Zum nächsten internationalen Holzarbeiter-Kongreß, der im Anschluß an den nächsten internationalen Gewerkschaftskongreß stattfindet, wurden Tarnow, König, Kayser und Schneegaß delegiert.

Die Diäten- und Arbeitszeitentschädigung für die Verbandstagsdelegierten und die Gauleiter wurden gemäß den Vorschlägen der Vorberatungskommission festgesetzt. Gemäß einem Vorschlage des Gesamtvorstandes wurde den Gauleitern eine monatliche Aufwandsentschädigung von 200 M. zugebilligt, außerdem der Vorstand ermächtigt, je nach den Verhältnissen auch für die Ortsbeamten eine Aufwandsentschädigung bis zur gleichen Höhe zu bestimmen. In einer Erklärung legten die Berliner Delegierten, soweit sie politisch der sozialdemokratischen Mehrheitspartei angehörten, Verwahrung dagegen ein, ihre Fraktionsbildung auf die gleiche Stufe zu stellen mit den Gebilden der Opposition, die erst durch Vergewaltigungen die S. P. D.-Kollegen zu Abwehrmaßnahmen gezwungen hätten.

Auf Vorschlag der Vorberatungskommission wurde nach einer längeren Diskussion beschlossen, in Zukunft die sieben unbesoldeten Vorstandsmitglieder und ihre Ersatzleute vom Verbandstag zu wählen, ebenso den Verbandsausschuß. Die bisherigen besoldeten Vorstandsmitglieder wurden in ihre Aemter einstimmig wiedergewählt, gegen wenige Stimmen auch die sämtlichen Gauvorsteher.

Eine längere Auseinandersetzung entspann sich über die Wahl der unbesoldeten Vorstandsmitglieder. Die Berliner Delegation gab schließlich in einer einstimmigen Erklärung ihre Meinung kund, daß die Wahl der Beisitzer auf dem diesmaligen Verbandstage undurchführbar sei. Der Verbandstag willfahrte den verschiedenen Einwänden insoweit, als die beiden bisherigen Kollegen Lindemann und Lembke sofort gewählt, die Wahl der übrigen Beisitzer aber der Zahlstelle Berlin aufgegeben wurde.

Bei der Statutenberatung wurde das Beitrittsgeld auf 2 M. bzw. 1 M. festgesetzt. Sämtliche Zahlstellen wurden verpflichtet, den pflichtmäßigen Beitrag zu leisten. Wo der Beitrag nicht in der statutenmäßigen Höhe festgesetzt wird, hat der Vorstand das Nötige zu veranlassen. Auf Vorschlag der Beratungskommission wurde beschlossen, am Beitrag selbst keine Erhöhung vorzunehmen, ebenso keine Erhöhung der Leistungen.

Der nächste Verbandstag findet, wenn möglich, in Kassel statt. Es wurde in namentlicher Abstimmung mit 177 gegen 97 Stimmen die Einrichtung einer

Unterstützungskasse

für die ehrenamtlich tätigen Mitglieder und die Angestellten des Verbandes beschlossen. Die erforderlichen Mittel werden aufgebracht aus Beiträgen der Zahlstellen, der Hauptkasse und der Angestellten. Die Hauptkasse zahlt einen Gründungsfonds von 100 000 M., jede Zahlstelle 3 pro Mille der Jahreseinnahmen aus Hauptkassenbeiträgen, jeder Angestellte 3 Prozent seines Gehaltes. Die unbesoldeten Funktionäre zahlen keine Beiträge und sollen Unterstützung erhalten, wenn sie einen Unfall erleiden. Ferner Kranken- und Invalidenunterstützung. Im Todesfall kommt auch Witwen- und Waisenrente und Sterbegeld in Betracht.

Die beitragzahlenden Mitglieder erhalten bei Erwerbsunfähigkeit eine Invalidenunterstützung im Verhältnis zum Dienstalter und bezogenen Gehalt.

Einstimmig wurde die Errichtung eines Grabdenkmals für den verstorbenen Verbandsvorsitzenden Adam Neumann beschlossen.

In einer einstimmigen Entschließung wandte der Verbandstag sich gegen die Ermordung Gareis in München, die auf das Schuldkonto der bürgerlichen Reaktion mit Kahr und Pöhner an der Spitze zu setzen ist, und verlangt von der Reichsregierung entschlossenes Eingreifen in Bayern.

Mit einem Dank an die Hamburger Zahlstelle, das Lokalkomitee und den Oekonom des Gewerkschaftshauses, einer würdigenden Anerkennung der geleisteten sachlichen Arbeit und einem begeisternden Aufruf zur Einheit und neuer Tätigkeit ließ Tarnow die Tagung ausklingen in einem Hoch auf den Verband.

Verbandstag der Maler

k. Frankfurt a. M., 13. Juni.

Die 17. Generalversammlung wurde vom Verbandsvorsitzenden Streine-Hamburg im Volksbildungsheim mit einer längeren Ansprache eröffnet. Er begrüßte neben den 116 Delegierten besonders die zahlreich erschienenen Gäste des Verbandstages. Von den ausländischen Bruderorganisationen sind Vertreter anwesend aus Dänemark, Schweden, Holland und der Schweiz. Der allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund vertritt Abgeordneter Wissell-Berlin, und die sozialpolitische Abteilung des Bundes Heinke-Berlin. Die verwandten Berufsorganisationen, Bauarbeiter, Steinsetzer und Dachdecker, haben ebenfalls Vertreter entsandt. Streine warf in seiner Rede einen Rückblick auf die Zeit seit der letzten Generalversammlung vor zwei Jahren und hob die Bedeutung der diesjährigen Generalversammlung hervor. Er bedauerte lebhaft, daß es den oberschlesischen Kollegen unmöglich gemacht worden sei, an dem Verbandstag teilzunehmen und sprach ihnen die Sympathie des Verbandstages aus. Die Grüße der

ausländischen Organisationen

überbrachte namens der Vertreter des Auslandes Dooijes-Amsterdam in herzlichen Worten. Er mahnte dringend zur Einigkeit der Gewerkschaften. Miesbach-Frankfurt a. M. begrüßte den Verbandstag namens der Frankfurter Gewerkschaften. Der Verbandstag konstituierte sich sodann. Als Vorsitzende wurden Streine und Auth-Frankfurt a. M. bestimmt.

Den Bericht des Verbandsvorstandes für die beiden letzten Jahre erstattete hierauf Verbandsvorsitzender Streine. Der Redner ergänzte den gedruckten Bericht in wirksamer Weise. Bei Beurteilung der Tätigkeit des Verbandes, sagte Streine, müsse man sich darüber klar sein, daß diese beeinflußt werde von den jeweiligen herrschenden wirtschaftlichen Verhältnissen. Die Hauptaufgabe des Verbandes wäre es gewesen, die Löhne in Einklang mit den gesteigerten Lebensverhältnissen zu bringen.

Die Entwicklung des Verbandes sei eine erfreuliche. Es zählte Ende 1920 **54 181 Mitglieder.** Sobald die Konjunktur wieder anzieht, ist mit einem weiteren Fortschritt zu rechnen. Die Bestrebungen auf Sozialisierung im Baugewerbe hat der Verband unterstützt; die Organisation ist an dem Verband der sozialen Baubetriebe beteiligt. Zum Schluß seiner Ausführungen ging Streine auch auf die verschiedenen Strömungen in der Arbeiterbewegung ein, von denen der Malerverband ebenfalls nicht verschont worden sei. Der Beirat habe gegen 3 Stimmen derartige Bestrebungen, die auf eine

Zersplitterung der Gewerkschaften

hinausgehen, verurteilt. Der Verband müsse parteipolitisch neutral sein.

Den Kassenbericht gab Heirich-Hamburg, der in ehrenden Worten seines Vorgängers Wenziger gedachte, der im Vorjahre nach 30jähriger Tätigkeit als Kassierer gestorben ist. Heirich besprach eingehend die Mitgliederbewegung und die Finanzverhältnisse des Verbandes, die als gut bezeichnet werden können.

Für die Schriftleitung des Vereins-Anzeigers berichtete Redakteur Mark-Hamburg. Die Schriftleitung sei bemüht gewesen, das Verbandsorgan in dem Sinne zu redigieren, wie es der letzte Verbandstag beschlossen habe.

Remme-Hannover gab den Bericht des Verbands-Ausschusses, der die gegen den Vorstand erhobenen Beschwerden besprach.

An die Berichte schloß sich eine eingehende Diskussion, über die wir zusammenfassend berichten werden.

Parteiveranstaltungen

Mittwoch, 15. Juni

Verwaltungsbezirk Berlin-Mitte. 6½ Uhr im Rathaus, Bürgersaal: Vollversammlung der Distrikte des Verwaltungsbezirks Berlin-Mitte. Vortrag des Gen. Fritz Schneider. Die Kandidaten zur Bürgerdeputation haben zu erscheinen.

6. Verwaltungsbezirk (Hall. Tor). 8 Uhr Bezirksversammlung.

Distrikt Spandau. Abends 7½ Uhr Abteilungsversammlungen: Abt. Neustadt im Jägerhäuschen; Abt. Staaken Gartenstadtschule. Die Abteilungen Altstadt, Wilhelmstadt und Siemensstadt halten ihre Abteilungsversammlungen am Freitag ab.

Donnerstag, 16. Juni

3. Verwaltungsbezirk, 9. Distrikt (früher 17. Distrikt). Sämtliche Ordner zum Waldfest müssen abends 7 Uhr bei Kroll zu einer Besprechung und Einteilung zusammenkommen.

14. Verwaltungsbezirk Neukölln. Britz, Buckow, Rudow. 7½ Uhr: Vollversammlung der Agitationskommissionen bei Tenkl, Hermannstraße 213. Berichte von Sterkow und der Obmännerkonferenz.

17. Verwaltungsbezirk Lichtenberg. Abends 7 Uhr: Sitzung der Fraktion und Kommunalen Kommission im Rathaus, Zimmer 35.

Verwaltungsbezirk Charlottenburg. 7 Uhr Fraktions- und Funktionärkonferenz im Rathaus, Sitzungszimmer 1.

17. Distrikt, 1. und 3. Abtlg. 7 Uhr: Sitzung der Kommunalen Kommission in der Oberklasse der Schule Lützlicher Str. 47-48. Vortrag: Die Berliner Wohnungsleitung.

20. Distrikt (alter 4.). Abrechnung bei Lier, Naunynstraße 9, 8½ Uhr. Alle Abteilungsführer müssen erscheinen.

Neukölln. Intern. Bund d. Kriegsbesch. (Gruppe Nord). 4. Abtlg. 18.—34. Bez. Abends 7 Uhr Versammlung in der Kindl-Brauerei.

Reinickendorf-West. Abends 7½ Uhr in der Aula der 8. Gemeindeschule Öffentliche Frauenversammlung. Referent Gen. Dr. Moses: Gegen den Gebärzwang.

Freitag, 17. Juni

3. Verwaltungsbezirk, 9. Distrikt (früher 17.). Bildungskommission: Sitzung abends 7 Uhr bei Kroll, Utrechter Straße 21.

8. Verwaltungsbezirk Wedding. Vollversammlung der Kommunalen Kommission des gesamten Verwaltungsbezirks Wedding. Alle ehrenamtlich tätigen Genossen der drei Distrikte, ebenso die Bezirksverordneten und Stadtverordneten haben zu erscheinen. Vortrag des Gen. Stadtrat Stimming über Feuerbestattung.

5. Verwaltungsbezirk Friedrichshain, alter 8. Distrikt. Kommunale Kommission 7 Uhr bei Dröse, Schreinerstraße 18: Vollversammlung.

19. Distrikt (ehem. 9.). 7 Uhr Vorstandssitzung, Bieler, Dieffenbachstraße 36. Stempel 3. Distrikt sind zwecks Umtauschen mitzubringen.

Zentralausschuß der Elternbeiräte U. C. P. D. Abends 7 Uhr, Arbeiter-Bildungsschule, Breite Str. 8-9, Sitzung. Jeder Verwaltungsbezirk muß durch zwei Mitglieder vertreten sein.

Sonnabend, 18. Juni

Distrikt Niederschönhausen-Nord. Abends 6 Uhr im Lokal Karl Dölling, Berlin, Brunnenstraße 79: Distriktskonferenz. Gemeindevertreter müssen erscheinen.

Vereinskalender

Mittwoch, 15. Juni

Arbeiter-Sportkartell (18. Bezirk) Weißensee, Hohenschönhausen, Malchow, Fennsberg, Wartenberg. Die nächste Kartelldelegiertensitzung abends 8 Uhr im Restaurant Masche, Berliner Allee.

Freitag, 17. Juni

Berliner Arbeiter-Schwimm-Verein „Freiheit", Mitglied des A.-T.-B. Abends 7 Uhr im Lokal Schönhauser Allee 158, außerordentliche Generalversammlung. Abstimmung über den Anschluß an den Arbeiter-Turn- und Sport-Bund.

Geschäftliches

Heute beginnt der Ausverkauf in den Kleiderwerken Herz Sohn, alleinige Verkaufsstelle in der Chausseestraße 29-30.

Deutscher Reichstag

Der Kampf um die Brotversorgung

Präsident Löbe: Pressemeldungen zufolge soll ein weiteres Mitglied dieses Hauses, der Abg. **Bias** (Soz.) aus Beuthen von polnischen Insurgenten an einen unbekannten Ort verschleppt worden sein. (Hört, hört!) Eine Bestätigung des deutschen Vertreters bei der Interalliierten Kommission liegt aber noch nicht vor.

Auf Antrag des Abg. **Crispien** (U. Soz.) **wird die unabhängige Interpellation über die Ermordung des bayrischen Landtagsabgeordneten Gareis als erster Punkt neu auf die Tagesordnung gesetzt.** Genosse **Crispien** führte, nachdem er die unsern Lesern bekannte Interpellation verlesen hatte, aus: **Wir sind der Meinung, daß durch die Vorgänge in Bayern Deutschland aufs neue schwer gefährdet ist, und zwar nicht nur innenpolitisch, sondern auch in seinen außenpolitischen Beziehungen, und daß es im Interesse Deutschlands, im besonderen der deutschen Arbeiterschaft liegt, die am schwersten unter dem vollkommenen Terrorschaft der bayerischen Orgeschbanditen zu leiden hat, diese Zustände so schnell wie möglich zu beseitigen. Wir beantragen daher, unsere Interpellation auf die heutige Tagesordnung des Reichstags zu setzen.**

Minister des Innern **Gradnauer:** Die Regierung wird die Interpellation noch in dieser Woche beantworten.

Auf der Tagesordung stehen zahlreiche Anfragen.

Die Abg. **Wels** (Soz) und **Zubeil** (U. Soz.) verweisen auf die Tatsache, daß die Reichsdruckerei infolge unzureichender Zuweisung von Aufträgen durch die einzelnen Ministerien, die die Stinnesdruckereien der Reichsdruckerei vorziehen, zu verkürzter Arbeitszeit und dauernden Arbeiterentlassungen gezwungen wird, wenn diesem Zustand durch die Reichsregierung nicht bald ein Ende bereitet wird.

Ein Vertreter des **Reichsministeriums:** Um der Reichsdruckerei die nötigen Aufträge der Reichs- und Staatsbehörden zu sichern, sind durch den Reichskanzlererlaß vom 15. August 1910 der Präsident des Reichstags, die obersten Reichsbehörden und die preußischen Ministerien ersucht worden, **alle Druckaufträge der ihnen unterstellten Behörden in Berlin der Reichsdruckerei zukommen zu lassen.** Während des Krieges und zunächst auch noch in der Nachkriegszeit war die Reichsdruckerei so stark mit Aufträgen versehen, daß umfangreiche Arbeiten an die Privatdruckereien abgegeben werden konnten. Als sich später eine Abnahme der Druckaufträge bemerkbar machte, haben sich die Direktion der Reichsdruckerei und auch das Reichspostministerium unter Bezugnahme auf den erwähnten Reichskanzlererlaß bemüht, der Reichsdruckerei zukommende Arbeiten von den Behörden zu erlangen. Diese Bemühungen haben auch Erfolg gehabt, so daß eine Verkürzung der Arbeitszeit und Arbeiterentlassungen bisher nicht nötig waren. Hinsichtlich mancher Aufträge ergaben sich jedoch Schwierigkeiten, die nicht ohne weiteres zu beseitigen waren. Namentlich steht der Ueberweisung der fortlaufend erscheinenden Blätter, sowie sonstiger zur allgemeinen Verbreitung bestimmter Veröffentlichungen mehrfach entgegen, daß mit diesen auch ein Verlagsgeschäft verbunden ist. **Eine genügende Versorgung der Reichsdruckerei mit amtlichen Druckaufträgen wird auch weiter nachdrücklich angestrebt.** Wie allgemein im Druckgewerbe hat sich in den letzten Wochen auch hier die Geschäftslage gebessert, und es wird **alles getan werden, um Entlassungen und Betriebseinschränkungen zu vermeiden.**

Abg. **Riedmüller** (Soz.), der die Verlegung der Auszahlungsstelle für Kriegsbeschädigte in Zürich wegen der großen Unterhaltungskosten auf deutsches Gebiet verlangt, erhält die Auskunft, daß die Auszahlungsstelle aufgelöst werden soll und nur zwei Beamte in Zürich zurückbleiben.

Auf eine Anfrage des Abg. **Plettner** (Komm.) über angebliche bestialische Mordtaten der Schupo in Mitteldeutschland, unter Führung des Freiherrn von der Tann, erwidert Reichskommissar **Künzer**, daß die Reigerung erst Auskunft erteilen kann, wenn die vom Preußischen Ministerium des Innern angeforderten Unterlagen eingegangen seien.

Auf eine Anfrage des Abg. **v. Lersner** (D. Vp.) wird die Auskunft erteilt, daß die wiederholt betriebenen Schritte der deutschen Regierung, die Freilassung der 115 noch in Avignon zurückgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen zu erwirken, bisher nur das Ergebnis gehabt haben, daß 14 Gefangene entlassen sind. **Die Gefangenen haben keine Klagen in bezug auf Ernährung und Gesundheitszustand, ihre seelische Verfassung hat sich aber in letzter Zeit sehr verschlechtert.** Unsere Bemühungen wegen der Freilassung **werden nachdrücklich fortgesetzt.**

Der Verkehr mit Getreide

Es folgt die zweite Lesung des Gesetzentwurfes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide, dazu liegen zahlreiche Anträge aller Parteien vor.

Reichsernährungsminister Dr. **Hermes:** Es geht zu weit, wenn man schon jetzt von einem Zusammenbruch der Zwangswirtschaft auf dem Gebiete der Getreideversorgung spricht, obgleich die Erfassung durch die Reichsgetreidestelle, auf die ungefähr die Hälfte der versorgungsberechtigten Bevölkerung angewiesen ist, ständig zurückgegangen ist. Dieser Rückgang ist außer auf das produktionshemmende Bewirtschaftungssystem vor allem auf die **Abneigung der Landwirte gegen die weitgehende Fesselung zurückzuführen.** Insgesamt werden auf Grund des bisherigen Wirtschaftssystems im laufenden Wirtschaftsjahr rund 3,5 Millionen Tonnen Inlandsgetreide aufgebracht werden, wovon ungefähr 3,2 Millionen Tonnen auf Brotgetreide entfallen. Da bei Aufrechterhaltung der alten Form mit ihrem Zusammenbruch wenigstens für die Reichsgetreidestelle gerechnet werden müßte, kann sie nicht aufrechterhalten werden. **Wir sind überzeugt, daß eine vollständige Freigabe der Getreidewirtschaft im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht möglich ist, weil dabei die Sicherung des bisherigen Bedarfs zu erschwinglichen Preisen nicht erreicht werden könnte.** Voraussetzung für die Freigabe der Wirtschaft wäre eine ausreichende Reserve an Getreide, eine solche läßt sich aber nicht bilden. Wir glauben, daß die Erhebung einer mäßigen Umlage mit gleichzeitiger Freigabe des Ueberschusses eine geeignete Uebergangsform zur freien Wirtschaft ist. Diese ermöglicht die Getreideversorgung der Bevölkerung zu erträglichen Preisen ohne Reichszuschüsse, steigert gleichzeitig durch eintretende Erhöhung der Rentabilität des Getreidebaues die Produktion und bereitet dem Schleichhandel ein Ende. **Der Brotpreis im kommenden Wirtschaftsjahre hängt davon ab, welche Zuschüsse aus Reichsmitteln zur Verbilligung des Mehls ausgeworfen werden können.** Im laufenden Jahr sind 10 bis 15 Milliarden für diesen Zweck angefordert worden. Dieses System muß schrittweise abgebaut werden. Verbunden damit muß eine Erhöhung von Lohn und Gehalt gehen. Im kommenden Wirtschaftsjahr müssen daher noch allgemeine Mittel für die Verbilligung von Auslandsgetreide flüssig gemacht werden. Der künftige Mehl- und Brotpreis muß der großen Masse der Bevölkerung angepaßt werden. Der Preis des Umlagegetreides kann erst kurz vor der Ernte festgesetzt werden.

Abg. **Edler von Braun** (Dntl.): Die bisherigen Erfahrungen beweisen, daß die Aufhebung der Zwangswirtschaft nicht zu Katastrophen führt, sondern ein Sinken der Preise im Gefolge hat. Man sollte deshalb die Zwangswirtschaft auch für Getreide aufheben und nicht Uebergangsbestimmungen schaffen, die neue Erbitterung bei den Landwirten hervorrufen. Gesetze, die gegen das Rechtsgefühl eines großen Teiles des Volkes verstoßen, lassen sich nicht durchführen. Wir warnen vor dem Umlageverfahren, das einen Zusammenbruch der Getreidewirtschaft zur Folge haben muß. Die ganze Getreidewirtschaft kostet allein an Gehältern 1,9 Milliarden Mark für das ganze Reich. In Berlin sind allein 20 000 Personen in der Getreidewirtschaft beschäftigt. (Adliger Quatsch! Red. d. Fr.)

Abg. **Schmidt-Cöpenick** (Soz.): So einfach, wie Herr von Braun die Dinge darstellt, liegen sie nicht, vielmehr stehen wir vor einer sehr folgenschweren Entscheidung. Die Zwangswirtschaft wird von der Rechten zu Unrecht als eine sozialistische Wirtschaft bezeichnet, sie wurde von einer bürgerlichen Regierung aus nationalen Gründen eingeführt. Das Umlageverfahren genügt allein nicht, um den breiten Massen billiges und gutes Brot zu garantieren, deshalb muß die Zwangswirtschaft beibehalten werden. Wir haben der Landwirtschaft die Berechtigung, Gewinne zu machen, niemals bestritten; aber diese Gewinne dürfen die Massen der Verbraucher nicht in ungerechtfertigter Weise benachteiligen. **Die Vertretungen der Landwirtschaft haben das Umlageverfahren oft und nachdrücklich gefordert;** jetzt wird es plötzlich von ihnen abgelehnt. Die notwendige Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion ist ohne Zwang unmöglich. Man wird Maßregeln ergreifen müssen gegen Landwirte, die absichtlich die Produktion vernachlässigen. Herr von Braun hat in einem Artikel noch vor 2 Jahren staatlichen Zwang auf eine Mindestleistung von Produktion gefordert. (Hört, hört! links.) Die 3 Millionen Tonnen, die das Umlageverfahren garantieren soll, genügen nicht, um eine ausreichende Ernährung des Volkes zu gewährleisten. Die Vorlage würde ihren Zweck verfehlen, wenn die Haftung der Länder für die Getreidemengen beseitigt wird. **Gegen die Verteuerung der notwendigen Lebensmittel kann die Arbeiterschaft sich nur schützen, wenn sie in ihren Organisationen einig zusammensteht.** Herr von Braun sprach davon, daß der Achtstundentag in der Landwirtschaft abgebaut werden müsse. Herr von Braun müßte wissen, daß es in der Landwirtschaft niemals einen Achtstundentag gegeben hat und daß die deutschen Landarbeiter länger arbeiten müssen als die ausländischen. Denjenigen Arbeitern, die das Recht haben, Getreide vom Arbeitgeber zu kaufen, muß der Umlagepreis ungerechtet werden, keineswegs der höhere Weltmarktpreis. Die Vorlage ist für uns nur dann ein Weg, die Ernährung der breiten Massen aufrecht zu erhalten, wenn unsere Verbesserungsanträge angenommen werden. (Lebhafter Beifall b. d. Soz.)

Darauf wird die Beratung abgebrochen. Das Gesetz über die Gewährung von Beihilfen an Rentenempfänger aus der Angestelltenversicherung wird dem sozialpolitischen Ausschuß überwiesen.

Das Haus vertagt sich auf Mittwoch 2 Uhr: Fortsetzung von heute. Aenderung des Wehrgesetzes. Kleine Vorlagen.

Preußischer Landtag

27. Sitzung. Dienstag, den 14. Juni.

Die Sitzung wird vom Vizepräsidenten, Dr. Porsch, um 2¼ Uhr eröffnet. Nach der Erledigung verschiedener kleiner Anfragen folgt die Beratung über die große Anfrage der U. Soz. betreffend das **Explosionsunglück auf der Zeche „Constantin der Große" in Gremme bei Bochum.**

Abg. **Otter** (U. Soz.):

Durch die Explosion am 12. April sind auf den Schächten 6 und 7 vierzehn Bergarbeiter getötet, sieben schwer verletzt worden. Schon in den Jahren 1914—19 sind ähnliche Unglücksfälle auf dieser Zeche vorgekommen. Die dortigen Bergarbeiter sind durch die Explosion vom 12. April in eine hochgradige Erregung versetzt worden. Sie nehmen an, daß die Explosion auf Anhäufung des Kohlenstaubes zurückzuführen ist, und bezweifeln, ob im Verwaltungsbezirk Oberbergamt Dortmund den bergpolizeilichen Verordnungen über die Ansammlung schlagender Wetter und über die Anhäufung von Kohlenstaub von den Aufsichtsbehörden die nötige Aufmerksamkeit geschenkt worden ist. Wir fragen, ob das Staatsministerium bereit ist, die Ursachen der Explosion bekanntzugeben, insbesondere mitzuteilen, ob sie auf schlagende Wetter oder auf Kohlenstaubanhäufung zurückzuführen ist, wir fragen ferner, **was die Regierung tun will, um derartige Massenunglücksfälle im Bergbau zu verhindern.** Die Vorschriften der Spritzwassereinrichtungen zur Befeuchtung des gefährlichen Kohlenstaubes sind seitens der Aufsichtsbehörde für diese Zeche außer Kraft gesetzt worden. Seit der Zeit, wo eine Interessengemeinschaft zwischen der Grube „Constantin" und der Firma Krupp eingetreten ist, hat eine gewisse Lodbrigkeit in der Grube sich eingenistet. Die Interessengemeinschaft der Grube „Constantin" mit der Firma Krupp ist auf 50 Jahre abgeschlossen worden. Die Aufsichtsbehörden müssen unbedingt auf strengste Beobachtung der bergbaupolizeilichen Vorschriften achten, **dann aber verlangen wir die Sozialisierung der Bergwerke, da nur dann die Möglichkeit besteht, derartige Mißstände, die jetzt im Bergbau vorhanden sind, zu beseitigen und solche Massenunglücke zu verhüten.**

Bergrat Hatzfeld: Die Ursache der Explosion ist eine Schlagwetterentzündung mit nachfolgender Kohlenstauberplosion. Das Schlagwetter war durch eine Auskesselung frei geworden und hat sich dann an einer Sicherheitslampe entzündet, dann erst wurde die Kohlenstaubentzündung herbeigeführt. Den Vorschriften über Wetterführung war entsprochen, von der Berieselung war die Zeche durch Beschluß des Oberbergamts entbunden. An Maßnahmen, die zur Verhütung ähnlicher Vorkommnisse geplant sind, sind besonders zu nennen die Einführung der elektrischen Lampen, die durch den Krieg verhindert worden ist.

Die Besprechung der großen Anfrage wird beschlossen. Abg. **Brunk** (Dtn.): Für das Unglück vom 12. April ist weder den Bergleuten noch der Verwaltung ein Vorwurf zu machen, es handelt sich um eine Verkettung zufälliger Umstände, die das Unglück verursacht hat.

Abg. **Osterroth** (Soz.): Der Vertreter der Bergverwaltung hat heute wenigstens zugegeben, daß Fehler begangen worden sind. Er hat anerkannt, daß die Berieselung zu spät erfolgt ist. Aus einem solchen Schuldbekenntnis müssen auch die Konsequenzen gezogen werden. Wenn die Unfallziffer seit 1918 zurückgegangen ist, so liegt das an der Verkürzung der Arbeitszeit, die den Bergmann die Möglichkeit der Selbstbesinnung gegeben hat. Alles in allem ist die Zahl der Massenunfälle trotz alledem erschreckend gestiegen, und die Liste der Toten und Verschütteten hat sich ins Grauenhafte verlängert. Da muß irgendetwas in der Verwaltung faul sein. Können die nachgeordneten Verwaltungsorgane und können die Direktionen und Betriebsführer der Zechen die Verantwortung nicht übernehmen, **so muß man die Betriebsräte selbst zum Vollzugsorgan der Bergpolizei ausgestalten.** Die Abneigung gegen die Betriebsräte muß, wo sie noch besteht, beseitigt werden. Wir verlangen aber auch eine Umstellung der Betriebsräte, diese müssen auch in technischer Hinsicht eine planmäßige Schulung erhalten, damit sie die Betriebe in allen Einzelheiten kennenlernen. Während der Abgeordnete **Otter** vom Leben und Sterben der Bergarbeiter sprach, hat sich das ganze Haus unterhalten und nicht zugehört. Nichts ist so erbärmlich, wie diese Gefühlolosigkeit. (Beifall links.)

Abg. **Brust** (Z.): Wir stimmen dem Antrage auf Ausschußberatung zu. Erfreulich ist, daß die Staatsregierung heute durch ihren Vertreter den ersten amtlichen Bericht in mehrfacher Hinsicht ergänzt und richtiggestellt hat. Das System der Sicherheitsmänner muß ausgebaut werden, dem Einfahrer muß auch ein unmittelbares Einwirkungsrecht zur Seite stehen.

Abg. **Sobottka** (Komm.): Die besten Sicherheitsvorschriften haben keinen Wert, weil die kapitalistische Profitsucht den Bergarbeitern gar keine Zeit zu ihrer Durchführung läßt. **Der Betriebsrat habe schon acht Tage vor dem Unglück auf die Gefahr hingewiesen** (hört, hört), **aber man hat nicht auf ihn gehört.**

Die Aussprache schließt. Die große Anfrage Otter wird an den Ausschuß für Handel und Gewerbe überwiesen. Infolge der vorgerückten Zeit wird der deutschnationale Antrag über Groß-Berlin von der Tagesordnung abgesetzt. Es folgt der Antrag der Deutschen Volkspartei über die **Ausführung des Ueberalterungsgesetzes.**

Abg. **Meyer-Herford** (D. Vp.): Die Ausführung des Ueberalterungsgesetzes hat Unzuträglichkeiten gebracht. Wir verlangen eine Uebersicht der verabschiedeten Beamten, getrennt nach Beamtenkategorien.

Abg. **Waldeck-Manasse** (U. Soz.): Das Ueberalterungsgesetz war notwendig. Wir werden den Antrag der D. Vp. im Ausschuß prüfen.

Die Aussprache wird abgebrochen. — Mittwoch 12 Uhr: Kleine Vorlagen. Zweite Beratung des Haushalts der Justizverwaltung.

Wiederaufnahme der mexikanischen Zinsenzahlung. Wie aus Mexikos offiziös bekanntgegeben wird, sollen die Zahlungen der Zinsen der mexikanischen auswärtigen Schulden am 1. Juli wieder aufgenommen werden. Zu diesem Zweck wird der Etat um 20 Millionen Pesos erhöht.

Der Prozeß gegen Max Hölz

2. Verhandlungstag.

Die Zeugen Goesche, Gustav und Paul Hildebrandt erzählen Einzelheiten über Hölz' Auftreten in Eisleben.

Zeuge Stadtsekretär Nehes gibt an, daß Hölz mit einigen seiner Leute in der Wohnung Nehes' **Feuer angelegt habe.** Es verbrannten Gardinen und Betten.

Vom Inspektor Ostermann aus Helbra hat Hölz **die Beschaffung von 500 000 M.** verlangt. Als das Geld zur festgesetzten Zeit nicht zur Stelle war, ließ Hölz das Gutsgebäude plündern. Nebenbei hielt Hölz Reden an die Menge über das Schlemmerleben der Reichen, wobei ihm die Kleidungsstücke der Gutsbewohner, die währenddessen auf bereitstehende Lastautos geladen wurden, als Illustration für seine Ausführungen dienten. Das Gutsgebäude wurde dann gesprengt und angezündet. **Hölz gibt zu, daß er die Sprengungen angeordnet hat.** Der Gutsbesitzer Spielberg, der auch als Zeuge erschienen ist, hatte schon vorher eine Warnung erhalten, daß seine Familie verhaftet werden solle.

Zeuge Pastor Schmidt aus Helbra hörte am Abend des 23. März ein lautes Poltern an der Hoftür und sah, als er öffnete, zirka 12 schwer bewaffnete Männer stehen. Einer von ihnen sagte: „Wir leben im Kriegszustande.

Sie sind ein reicher Mann, wir brauchen eine Million.

Wenn Sie uns nicht das Geld beschaffen, werden Sie erschossen." „Ich mußte mich sofort anziehen," so erzählt Zeuge weiter, „und wurde nach dem Gasthof gebracht, wo Hölz auf dem Sofa saß und jene Drohungen wiederholte. Am nächsten Morgen wurde ich nach einem anderen Gasthof gebracht, wo die Verhandlungen mit meinen Angehörigen, die stets Zutritt hatten, stattfanden. Diese hatten versucht, das Geld inzwischen im Dorfe bei der Volksbank und Privatpersonen aufzutreiben, hatten aber **nur 46 000 Mark** zusammenbekommen. Hölz ermäßigte nun seine Forderung auf **200 000 Mark.** Meine Frau erhielt die Erlaubnis, nach Eisleben zu fahren, um dort das Geld aufzutreiben. Als auch dies nicht gelang, wurde ich im Auto nach Hettstedt gebracht. Unterwegs mußte ich **die 46 000 Mark abliefern und wurde später entlassen,** nachdem man mir noch gedroht hatte, daß das Pfarrhaus in die Luft gesprengt werden solle." — Auf Fragen des Angeklagten erklärt Zeuge, daß er den Eindruck gewonnen habe,

daß Hölz bemüht gewesen sei, jede Mißhandlung, Beschimpfung oder Roheit zu vermeiden.

Er habe offenbar nur das getan, was er von seinem Standpunkt aus für nötig gehalten habe.

Vorsitzender: Meinen Sie auch, daß es „nötig" war, Sie mit Erschießen zu bedrohen? — Zeuge Schmidt: Ich kann natürlich nicht sagen, was Hölz für nötig hielt.

Auf weitere Fragen des Angeklagten erklärt Zeuge noch, daß ihm Hölz mit einem gewissen Triumpf von den Sprengungen in Hettstedt erzählt, dann in großer Erregung etwas über angebliche Mißhandlungen verwundeter Arbeiter gesagt habe. Schließlich sei Hölz auf seine Eltern, seine Jugend und seine frühere Auffassung zu sprechen gekommen und Zeuge hat dabei den Eindruck gewonnen, daß Hölz, das, was er tue,

innerlich widerstrebend tue,

der aber, wenn er Blutvergießen für nötig halte, auch dies tun würde.

Hierauf folgt die Mittagspause.

Nach der Mittagspause wird die Zeugenvernehmung fortgesetzt. Zigarrenhändler Beyer bekundet von einer ähnlichen Plünderung mit Bedrohung mit Erschießen. Diesmal handelte es sich um die Herausgabe von zwei Mille Zigarren.

Der aus der Strafanstalt vorgeführte 30jährige Bergmann Werner, welcher wegen Teilnahme an der „roten Armee" zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt worden war, behauptet als Zeuge, daß er von den Genossen des Hölz

gezwungen worden sei, sich ihnen anzuschließen.

Zeuge war dabei, als Hölz in Hettstedt den Bahnhof, eine Villa und das Haus eines Buchdruckereibesitzers gesprengt hat. Ob Hölz selbst die Sprengpatronen angelegt hat, weiß Zeuge nicht. Da aus dem Zeugen, der unbeeidigt bleibt, nichts weiter herauszuholen ist, wird auf weitere Vernehmung verzichtet.

Auch der ebenfalls aus der Haft vorgeführte Bergmann Steinhoff war bei der Sprengung des Bahnhofs Hettstedt, wie er behauptet, gezwungen, beteiligt gewesen.

Bei Inspektor Gref wurde geplündert, weil er statt der von ihm verlangten 10 000 M. nur 6000 zahlen konnte.

Auch der Zeuge Bergmann Sander aus Wohlsdorf, ist gezwungen worden, der roten Armee beizutreten.

Zeuge Kaufmann Ludwig aus Hettstedt, bekundet, daß die Hölzsche Bande, nachdem sie

ein von 6 Familien bewohntes Haus gesprengt

hatte, auch in sein Haus gekommen sei und auf dem Flur ein Paket Dynamit niedergelegt habe. Als Zeuge erklärte, es müsse ein Irrtum vorliegen, denn er habe sich nie mit Politik beschäftigt, sei ihm nur die Antwort geworden: „Alles raus, sonst fliegt ihr mit in die Luft". Die Sprengung habe dann stattgefunden, und ihm sei dadurch ein Schaden von zirka 260 000 M. entstanden.

Der Angeklagte erklärt, daß diese Sprengungen als **taktisches Mittel** benutzt worden seien, **um Blutvergießen zu verhüten,** einen gewissen Druck auf die Bourgeoisie und die Sipo auszuüben. **„Lieber sprenge ich 10 Gebäude, als daß ein Menschenleben zu Schaden kommt",** so erklärte Hölz. — Staatsanw.-Rat Dr. Jaeger: Haben Sie sich nicht gesagt, daß die Behörde mit um so schärferen Mitteln gegen Sie vorgehen würde, wenn sie Häuser friedlicher Einwohner einfach ohne Grund in Trümmer legen? Hölz: Nein, das konnte ich mir nicht sagen. **Ich glaubte bestimmt,** daß die Sipo abziehen würde.

Solange ich die Herrschaft hatte, herrschte überall Ruhe und Ordnung.

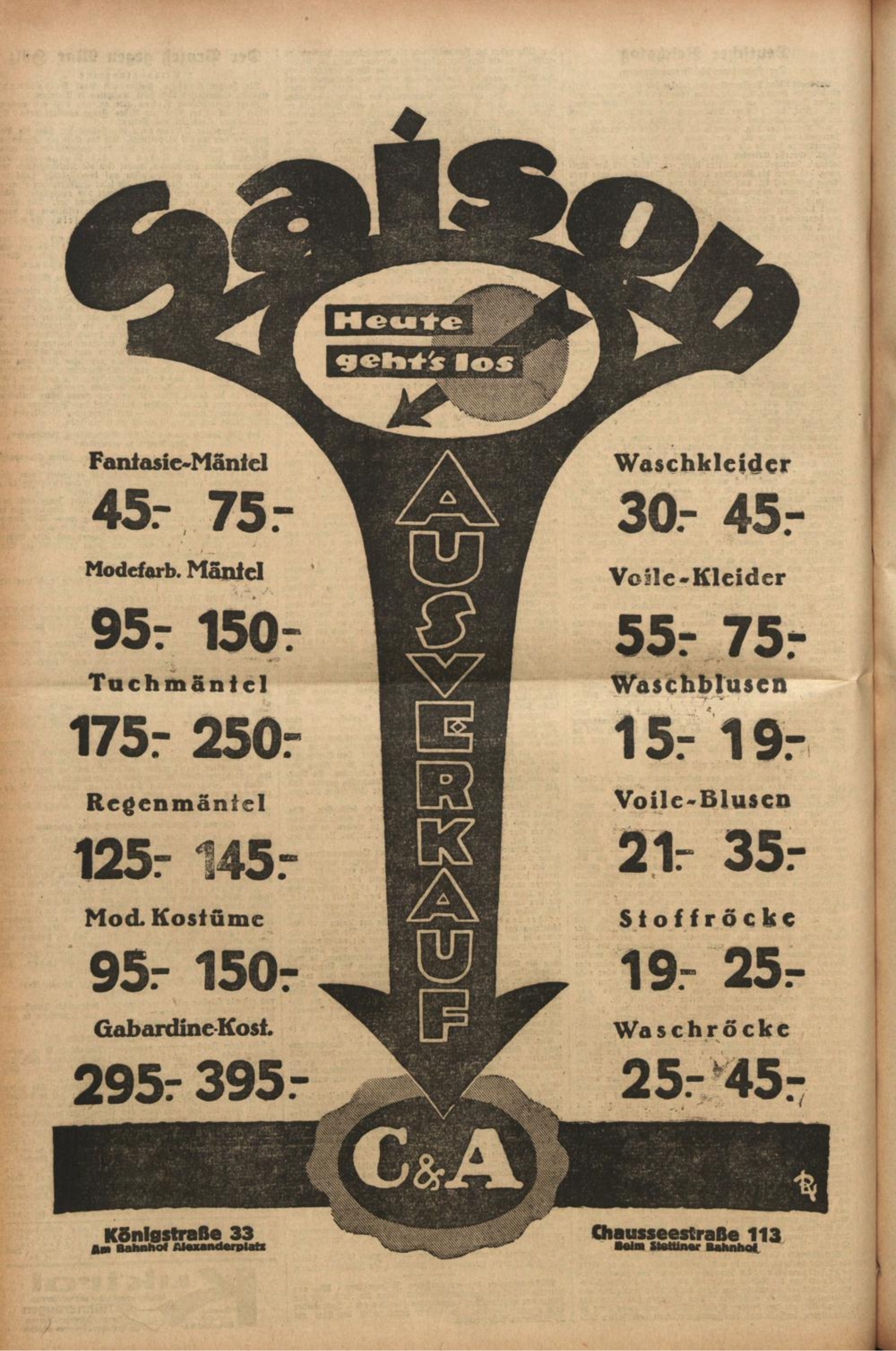
und erst als Hörsing mit seiner Sipo kam, begann die Unruhe und das Blutvergießen (Lachen und Zeichen des Unwillens in den Reihen der Zeugen und Zuhörer).

Hölz redet zum Zuschauerraum

Hölz (zum Zuschauerraum gewendet): **Jawohl, so ist es, wenn Hörsing nicht . . .** — Vorsitzender (unterbrechend): Hölz, Sie haben hier keine Reden zum Zuhörerraum zu halten. — **Hölz** (erregt weiterredend): **Wenn ich rede, so rede ich . . . .**

Vorsitzender (nun auch mit lauter Stimme): Sie haben jetzt zu schweigen! — R.-A. Hegewisch: Ich konstatiere, daß der gesamte Zuhörerraum gegen Hölz Stellung nimmt, das ist der Beweis, daß man hier nur Angehörige der besitzenden Klassen hineinläßt. Wenn dort Arbeiter säßen, so würden die Ausführungen des Hölz lebhaften Beifall gefunden haben. — Vors.: Rechnen Sie als Verteidiger mit dem Beifall des Zuhörerraumes? — Hölz (erregt schreiend): **Sie wagen es ja nur hier zu sitzen unter dem Schutze der bewaffneten Macht.** — Vors.: Wir fürchten uns nicht. — Hölz: Nein, Sie fürchten sich aber vor der revolutionären Arbeiterschaft. — Vors.: Nein, auch nicht! (In dem allgemeinen Durcheinander gehen Einzelheiten verloren.) Ruhe entsteht erst wieder, als der Vorsitzende die Sitzung für geschlossen erklärt und den Saal räumen läßt. — Die Verhandlung wird Mittwoch 9¼ Uhr fortgesetzt.

Verantwortlich: für Politik u. Feuilleton: Leo Lieblschütz, Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkschaftl.: Robert Hensel, Berlin; für den Inseratenteil u. geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Kameriner, Karlshorst. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Str. 30.


Saison
Heute
geht's los
AUSVERKAUF
Fantasie-Mäntel
45.- 75.-
Modefarb. Mäntel
95.- 150.-
Tuchmäntel
175.- 250.-
Regenmäntel
125.- 145.-
Mod. Kostüme
95.- 150.-
Gabardine-Kost.
295.- 395.-
Waschkleider
30.- 45.-
Voile-Kleider
55.- 75.-
Waschblusen
15.- 19.-
Voile-Blusen
21.- 35.-
Stoffröcke
19.- 25.-
Waschröcke
25.- 45.-
C&A
Königstraße 33
Am Bahnhof Alexanderplatz
Chausseestraße 113
Beim Stettiner Bahnhof